

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt B 1

3.1.1 Thema

Wandel demokratischer Legitimation durch Internationalisierung und De-
parlamentarisierung?

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft

3.1.3. Leiter

HD Dr. Roland Lhotta
geb. 11. April 1962
Universität Bremen
Institut für Politikwissenschaft
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: 0421/218-9035
e-Mail: lhotta@uni-bremen.de
[z.Zt. Lehrstuhlvertreter an der
Universität der Bundeswehr Hamburg
Tel.: 040-6541-2777
E-Mail: lhotta@unibw-hamburg.de]

Prof. Dr. Frank Nullmeier
geb. 10. Juni 1957
z.Zt. Universität Essen
Fachbereich 1 Politikwissenschaft
Universitätsstraße 12
45141 Essen
Tel.: 0201/183-4500
e-mail: frank.nullmeier@gmx.de
[Prof. Nullmeier erhielt im Juli 2000 einen Ruf an
die Universität Bremen – in Nachfolge von M. G.
Schmidt am Zentrum für Sozialpolitik und am Insti-
tut für Politikwissenschaft.]

3.1.4 (entfällt)

3.1.5 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich
der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Un-
tersuchungen vorgesehen.

3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächliche Ver- watuungs- ausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	97,2	9,7	•	106,9
2004	97,2	15,3	•	112,5
2005	97,2	13,2	•	110,4
2006	97,2	1,7	•	98,9
Summe 2003-2006	388,8	39,9	•	428,7

(Beträge in €)

3.2 Zusammenfassung

Internationalisierung und Deparlamentarisierung (ID) gelten in Teilen der Öffentlichkeit wie der Wissenschaft als Auslöser für Änderungen traditioneller Legitimationsformen im DRIS und für die damit verbundenen Legitimationsprobleme. Im Vergleich von vier Demokratien mit unterschiedlicher demokratischer Legitimationstradition (Großbritannien, USA, Schweiz, Deutschland) wird in diesem Projekt empirisch untersucht, ob es seit 1990 zu einem Wandel politischer Legitimation gekommen ist und ob dies mit solchen ID-Prozessen zusammenhängt.

Das Projekt rückt in einer 1. Phase – tradierte Ansätze der Legitimationsforschung modifizierend – die empirische Untersuchung des öffentlich kommunizierten Legitimationsgeschehens in den Vordergrund. Es erfaßt anhand der Untersuchung von öffentlich ausgetragenen Legitimationskonflikten Veränderungen in den *Mustern der Anerkennungswürdigkeit* der politischen Ordnung, zentraler politischer Institutionen und politischer Einheiten. Nach diesem Forschungskonzept wandelt sich politische Legitimation, wenn sich in der öffentlichen Auseinandersetzung neue Begründungsfiguren und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft durchsetzen.

Bisher fehlt eine empirische Forschungstradition, die das politische Kommunikationsgeschehen ins Zentrum der Legitimationsanalyse rückt. Kombiniert man Expertenworkshops, fortlaufende Medientextanalyse und ausgewählte Fallstudien zu einzelnen Legitimationsauseinandersetzungen, so wird ein Zugang zum Legitimationswandel auf unterschiedlichen Untersuchungsebenen möglich. Im Vergleich zwischen der diskursiven Bezugnahme und den empirisch feststellbaren Graden an Internationalisierung und Deparlamentarisierung werden die kausalen Zusammenhänge zwischen Legitimationswandel und den Übergangsprozessen zur postnationalen Staatlichkeit überprüfbar.

In der 2. und 3. Phase wird die Analyse von Legitimationskrisen, die zur Delegation oder autoritären Relegitimation der Demokratie führen können, zu einer Legitimationstheorie postnationaler Staatlichkeit samt einem Modell des Wandels politischer Legitimation im DRIS seit 1990 ausgebaut.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Untersuchung des Legitimationswandels und seines Zusammenhanges mit Prozessen der Internationalisierung und Deparlamentarisierung in vier Ländern (Schweiz, Deutschland, USA, Großbritannien).	Untersuchung von Legitimationskrisen als Prozessen der Demokratie-Delegitimation oder der autoritären Relegitimation in ausgewählten Ländern (Italien, Österreich, Dänemark, Niederlande).	Entwicklung einer Erklärung für Prozesse des Legitimationswandels als Grundlage einer empirische, normative und evaluative Momente integrierenden Legitimationstheorie postnationaler Staatlichkeit.

3.3 Problemaufriß und Stand der Forschung

3.3.1. Problemaufriß

Der für den DRIS vermutete Wandel von Staatlichkeit zeigt sich, so die Ausgangsannahme, nachhaltig auch in der Legitimationsdimension. Während politische Legitimation bislang weitgehend über das Modell parlamentarisch-repräsentativer Demokratie konstruiert wurde, haben in der neuen Staatlichkeit sowohl Prozesse der Deparlamentarisierung als auch der Internationalisierung zu einem Wandel hergebrachter Legitimationsformen beigetragen, der hinsichtlich des öffentlichen Legitimationsgeschehens allerdings noch nicht hinreichend erforscht ist.

Neue Begründungsfiguren und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft, die sich in der öffentlichen Auseinandersetzung im Konnex zu Deparlamentarisierung und Internationalisierung durchsetzen, wären insoweit relevante Indikatoren für den vermuteten Wandel demokratischer Legitimation im DRIS, dem hier nachgegangen werden soll. Dieser wird derzeit sowohl für Deparlamentarisierung als auch Internationalisierung im Kontext einer „Auswanderung der Politik aus den Institutionen“ (Schütt-Wetschky 2001) diskutiert, die bislang demokratisch legitimierte Politiken produzierten.

Diese Auswanderung kann zum einen „innerstaatlich“ auf eine Privatisierung, Assoziierung, Korporatisierung, Bürokratisierung, Justizialisierung oder Expertokratisierung von Politiken zielen, die als Verlagerung aus den Institutionen parlamentarischer Entscheidungsfindung und -formulierung beschreibbar ist. Hiervon profitieren Exekutive, Experten, Parteigremien, Verbände und Private, die im Gefolge dieses Prozesses mit demokratisch nicht hinreichend legitimierter Macht und Entscheidungskompetenz ausgestattet werden.

Zu einer Verlagerung weg von der im Parlament zentrierten, demokratisch legitimierten Politikproduktion – idealtypisch in Gesetzesform – tragen zum anderen Prozesse der Internationalisierung bei, die den Trend zur „postparlamentarischen Demokratie“ (Benz 1998b) durch eine Verlagerung von Politikformulierungs- und Entscheidungskompetenzen auf internationale und supranationale Instanzen verstärken (Marschall 2002).

Während man die Auswirkung dieser Prozesse auf der individuellen Ebene von Einstellungen zu erforschen begonnen hat, ist das öffentlich kommunizierte Legitimationsgeschehen in diesem Kontext so gut wie gar nicht erforscht, da hier entsprechendes Datenmaterial erst generiert werden muß. Dies gilt sowohl für diskursive als auch für kausale Verknüpfungen zwischen ID und Legitimationswandel.

3.3.2 *Stand der Forschung*

Legitimität als traditionelles Konzept und als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft

Das stets dynamisch und nicht statisch zu verstehende Konzept der Legitimität, obgleich durchaus ein Schlüsselbegriff der Politikwissenschaft, ist seit jeher mehrdeutig und zudem kulturspezifischen sowie historischen Variationen unterworfen (vgl. Würtenberger 1973, 1982). Dem heutigen Verständnis nach zielt Legitimität zumindest auf zwei Bedeutungsdimensionen:

Zum einen kann damit der Legitimitätsanspruch einer Herrschaftsordnung gemeint sein, in der bestimmte Prinzipien verwirklicht sind bzw. verwirklicht sein sollen, um diese legitim erscheinen zu lassen. Hier ist eher ein *normativer* Legitimitätsbegriff gemeint. Zum anderen kann der Legitimitäts Glaube der Herrschaftsunterworfenen gemeint, also ein eher *empirischer* Begriff der Legitimität impliziert sein (vgl. Nohlen 2002).

Offenkundig werden beide Dimensionen in den einschlägigen Legitimitätsdiskussionen thematisiert, nicht selten vermischt und/oder mit unterschiedlicher Gewichtung behandelt. Greift man zum Beispiel die Weberschen Idealtypen legitimer Herrschaftsformen (traditionale, charismatische und rationale Herrschaft) heraus, die den wissenschaftlichen Diskurs bis auf den heutigen Tag zu prägen vermochten, so ist festzustellen, daß diese sich primär an der ausschlaggebenden Motivation der Herrschaftsunterworfenen orientierten, sich eben dieser Herrschaft zu fügen (Weber 1992).

Im einflußreichsten Versuch, Legitimität politikwissenschaftlich zu konzeptualisieren, der von *David Easton* vorgenommenen Charakterisierung von Legitimität als Überzeugung von Mitgliedern einer Gesellschaft, daß die Funktionsweise „ihrer“ politischen Ordnung weitgehend mit ihren persönlichen moralischen Prinzipien sowie Ansichten von dem übereinstimme, was richtig oder falsch sei (Easton 1965), wird dagegen deutlich, daß die empirische Komponente der Legitimitätsüberzeugungen der Bevölkerung sehr stark an deren normativen (und materiellen) Erwartungshorizont gegenüber der Institutionenordnung angebunden ist. Dementsprechend differenziert *Easton* zwischen „diffuser“ Unterstützung der politischen Ordnung, unabhängig von ihrer Effektivität und deren *output*, die einerseits stärker auf Politikerergebnisse fokussiert ist und andererseits genau deswegen auch volatiler ist.

Die von *Luhmann* entworfene „Legitimation durch Verfahren“ (Luhmann 1993) wiederum betont die legitimitätsstiftende Wirkung prozeduraler Verfahrensregeln sowie deren Einhaltung mit Blick auf stabilisierte Erwartungshaltungen, riskiert aber bei ihrer Vorliebe für komplexitätsmindernde Mechanismen eine reduktionistische Variante von Legitimität, die gegenüber der Wirklichkeit unterkomplex

ist. Nicht zuletzt hiergegen richtet sich die normativ anspruchsvolle Legitimitätstheorie von *Habermas*, die kapitalismuskritisch und mit Versatzstücken kritischer Theorie garniert, vor einer inhaltlich entleerten und „diffusen“ Massenloyalität warnt (Habermas 1973). In späteren Arbeiten hat allerdings auch Habermas die – im Weberschen Typus legaler Herrschaft wie in der Luhmannschen *Legitimität durch Verfahren* angelegte – Betonung prozedural verbindlicher Verfahren für die Legitimität rechtsstaatlicher Demokratie anerkannt (Habermas 1992). Diese Erkenntnis ist allerdings in der Rechtswissenschaft schon immer präsent gewesen (vgl. Achterberg/Krawietz 1981; Kriele 1994).

Bereits dieser kurze Blick auf einige beispielhafte und besonders prominente Referenzansätze, auf die sich die Theoriebildung zur politischen Legitimität (vgl. hierzu Heidorn 1982) immer wieder bezieht, zeigt: Legitimität ist äußerst komplex und gründet sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Legitimitätsfaktoren, die sich zwischen den beiden Polen diffuser und spezifischer Unterstützung bewegen. Verfahren, die in besonderen Formen der Legitimation institutionalisiert sind, kommt bei der Herstellung als „legitim“ eingeschätzter Politik offenbar eine herausragende Bedeutung zu. Nicht nur, daß Verfahren einen Wert an sich darstellen und damit normativ besetzt sind, sie gelten darüber hinaus auch als Gewährleistung für die Erzeugung von Politikgehalten, die (am ehesten) als legitim gelten dürfen. Dies gilt insbesondere für die im modernen DRIS verbreitete Herrschaftsform der rechtsstaatlichen *Demokratie*.

Geht man davon aus, daß spätestens mit Beginn des 20. Jahrhunderts die *Demokratie* der Leitbegriff politischer Legitimität ist, so läßt sich gerade an dieser Herrschaftsform zeigen, daß sie in unterschiedlichen historischen und kulturspezifischen Ausprägungen stets auf die Kombination bestimmter Grundnormen mit empirischer Anerkennung durch die Bürger sowie die Einhaltung bestimmter Verfahren der Entscheidungsbildung angewiesen ist: Insbesondere die bei *Habermas* kritisierte, inhaltlich „diffuse“ Massenloyalität (Habermas 1973) hat eine entscheidende Funktion für den Bestand politischer Ordnung. Ein Indiz hierfür ist, daß die in den 1970er Jahren vielfältig konstatierten und zumeist normativ deduzierten Legitimitätskrisen (Offe 1975; Ebbighausen 1973; Kielmannsegg 1976; Fach/Degen 1978) empirisch so gut wie nicht nachzuweisen waren (Kaase 1979). Ähnliches gilt für die seitens neo-konservativer Autoren konstatierten Legitimationsprobleme, die in deren Perception aus einem verfehlten Selbstverständnis des modernen Staates als Daseinsvorsorgestaat resultierten und zu einer Selbstüberforderung des Regierens in der Demokratie führten (Crozier u.a. 1975; Hennis u.a. 1977/1979). Und auch die Kritik an der Mehrheitsdemokratie (Guggenberger/Offe 1984) und der Wettbewerbsdemokratie (Offe 1980) ist bislang den empirischen Nachweis faktischen Legitimationswandels, geschweige denn -verlustes schuldig geblieben. Damit aber ist

auch ein Symptom des Legitimationsdiskurses im Kontext der sogenannten „neuen Staatlichkeit“ benannt, das gewissermaßen als Antrieb für die Formulierung des vorliegenden Projektes fungiert hat.

Legitimationswandel „neuer“ Staatlichkeit durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung?

Das mit Blick auf die „neue Staatlichkeit“ verbreitete Konstatieren des Wandels demokratischer Legitimation (zum Konzept der Legitimation vgl. Greiffenhagen 1998; Busshoff 1996; Flathman 1993; Kaase 1992; Mandt 1995; Westle 1989), etwa in Richtung einer „postparlamentarischen Demokratie“ (Benz 1998b) oder anachronistischen, weil „überholten Legitimität“ (Mirbach 1990), ist implizit oder explizit oftmals an die ältere Begrifflichkeit der Legitimationskrise bzw. Legitimationsprobleme (Habermas 1973; Kielmannsegg 1976) gekoppelt. Die hier quasi immanenten und/oder normativ deduzierten Legitimationsdefizite erscheinen modern gewendet als Symptome der neuesten „Transformation der Demokratie“ (Dahl 1994) oder gar einer Regression zum „Ende der Demokratie“ (Guehenno 1996) im Gefolge von *Internationalisierung* und *Deparlamentarisierung (ID)*. Sowohl hinsichtlich der Einhaltung konstitutiver Verfahren der Entscheidungsbildung als auch hinsichtlich der bis dato geltenden *shared values* und Akzeptanz von *Outputs* demokratischen Regierens scheint sich der in ID zum Ausdruck kommende Form- und Substanzwandel auf die Legitimität von *governance* in der neuen Staatlichkeit auszuwirken – und zwar negativ, in Richtung eines Legitimationsverlustes, einer Legitimationslücke oder zumindest eines Wandels der Legitimationsformen, die nichts oder nur noch sehr wenig mit tradierten Legitimationsformen staatlich zentrierter und vor allem parlamentarisch-repräsentativ ausgeübter Demokratie zu tun habe.

Nicht zu übersehen ist der normative *Bias* in der Mehrzahl einschlägiger Beiträge, die durchweg Bedingungen formulieren, unter denen ein politisches System jenseits herkömmlicher Staatlichkeit legitim sein könnte (vgl. Grande 1996; Follesdal/Koslowski 1998; Schmalz-Bruns 1999; Greven/Pauly 2000), wobei die notwendig defizitäre Wirklichkeit demgegenüber genauso notwendig suboptimal abschneidet.

Will man indessen Näheres über das für einen Legitimationswandel maßgebliche *öffentliche Legitimationsgeschehen* im DRIS in seiner Konnexität zu Internationalisierung und Deparlamentarisierung erfahren, stößt man sehr schnell auf Lücken: Der Wandel von Staatlichkeit wird zwar vielfältig beschrieben (Caporaso 1989; Evans 1997; Goldmann 2001; Sørensen 2001; Poggi 1990) und in seinen möglichen Auswirkungen auf Demokratie bzw. legitime demokratische Herrschaft analysiert (Brunkhorst/Kettner 2000; Greven 1998; Höffe 1999; Held 1995), wobei

insbesondere auch der Legitimität supranationaler Governance (Nye/Donahue 2000) im Rahmen der europäischen Integration Aufmerksamkeit gilt (Karlsson 2001; Greven/Pauly 2000; Böhner 1998; Abromeit 1998; Höreth 1999) und auch der Wandel öffentlicher Meinung im Gefolge der *internationalized Governance* (Niedermayer/Sinnott 1996) behandelt wird. Konkrete Daten zu legitimationsrelevanten öffentlichen Auseinandersetzungen – sei es in diskursiven oder sei es in kausalen Verknüpfungen von ID und Legitimation – gibt es dagegen so gut wie gar nicht. Hier dominieren vielmehr die Erhebung von individuellen Einstellungen zum politischen System (Niedermayer 2001; Fuchs 1989) im Fahrwasser des Eastonschen Konzeptes von *support* (Easton 1965), die Frage nach der (generellen) Unterstützung für die Demokratie (vgl. Klingemann 2000; Norris 1999; Kaase 1989), der (globale) Wertewandel (Abramson/Inglehart 1995; Inglehart 1977, 1997) und die Forschung zur politischen Kultur (Almond/Verba 1963, 1980; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993; Berg-Schlosser/Schissler 1987; Berg-Schlosser/Rytlewski 1993).

Ob ein Wandel von Grundmustern politischer Legitimation stattgefunden hat oder nicht ließe sich aber vermutlich auch daran erkennen, ob in öffentlichen Auseinandersetzungen über die Legitimität von internationalisierten und/oder deparlamentarisierten Politiken, Institutionen, Regierungsweisen und politischen Ordnungen insgesamt alte Formen der Legitimation kritisiert und denunziert sowie neue Formen der Legitimation kommuniziert und eingefordert werden – oder eben nicht. Wandel oder Nicht-Wandel öffentlicher Legitimation würde als Phänomen auf der Ebene politischer Kommunikation zwischen den beteiligten politischen Akteuren, individuellen wie korporativen, sichtbar. Die Erforschung von Wandel oder Nicht-Wandel öffentlicher Legitimation als Phänomen öffentlicher Kommunikation von politischen Akteuren zu bestimmten, durch ID beeinflusste politischen *Issues* (die wiederum mit spezifischen *policies* verknüpft sind) liegt bislang allerdings außerhalb des wissenschaftlichen Fokus (vgl. aber Norris 2000). Jenseits der mittels Umfrageforschung zu erhebenden Einstellungsdaten fehlen hier Daten zu legitimationsrelevanten öffentlichen Auseinandersetzungen, die den Wandel politischer Legitimation über die in der öffentlichen Auseinandersetzung stattfindende Etablierung neuer Begründungsfiguren (vgl. Grieswelle 2000) und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft verdeutlichen – und dies mit Bezug auf Internationalisierung und/oder Deparlamentarisierung. Legitimität und ihr Leitbegriff der Demokratie erscheinen hingegen fast durchweg als normative Begriffe, denen auch die „neue Staatlichkeit“ zu entsprechen hat – geschieht dies nicht, gibt es ein Legitimationsproblem.

Das Projekt möchte hier konzeptuell sowohl bescheidener als auch anspruchsvoller ansetzen: Zum einen wird *nicht* ausgegangen von einem wie auch immer zu

fassenden Legitimationsverlust oder einer Legitimationslücke. Es geht also *nicht* darum, der neuen Staatlichkeit, die symptomatisch an ID festgemacht wird, ein „Mehr“ oder „Weniger“ an Legitimität zuzuschreiben. Worum es geht, sind Bestreitung und/oder Bewahrung von Legitimationsformen auf der Ebene öffentlicher Kommunikation, die sich an den Symptomen der ID festmachen und/oder auf bestimmte *Issues* resp. *Policies* fokussieren lassen.

Die Forschungsfrage lautet daher: *Verändert sich das öffentlich kommunizierte Legitimationsverständnis (in den zu untersuchenden Ländern) mit Bezug auf und in Abhängigkeit von Prozessen der Deparlamentarisierung und Internationalisierung?* Mit der Konzentration auf das öffentliche Legitimationsgeschehen¹ löst sich der gewählte Untersuchungsansatz von den bisherigen Konzepten empirischer Legitimationsforschung. Individuelle Einstellungen zum politischen System gehören entsprechend *nicht* zum zentralen Untersuchungsgegenstand dieses Projektes, Daten zu Legitimationseinstellungen werden nur zu ausgewählten Vergleichszwecken hinzugezogen. Statt der per Umfrageforschung zu erhebenden Einstellungsdaten bilden – im Rahmen des Projektes originär zu erhebende – Daten zu legitimationsrelevanten öffentlichen Auseinandersetzungen das Untersuchungsmaterial. *Von einem Wandel politischer Legitimation wäre hiernach zu sprechen, wenn sich auch in der öffentlichen Auseinandersetzung neue Begründungsfiguren und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft durchsetzen.*

Die Verortbarkeit von ID und Legitimationswandel im Kontext gegenwärtiger Forschung

Die für die Fragestellungen dieses Projektes relevante Forschung zu Fragen des Legitimationswandels durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung ist einerseits eingebettet in den Rahmen der Demokratieforschung und Demokratietheorie (vgl. Schmidt 2000) sowie der (vergleichenden) Parlamentarismusforschung (Norton 1996; Doering 1995; Copeland/Patterson 1994; Loewenberg/Patterson 1979; Blondel 1973; Loewenberg 1971). Sie ist andererseits ein Ableger der breit geführten Debatte über die Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die Demokratie in den Nationalstaaten (Held 1995; Zürn 1998; Kohler-Koch 1998).

Arbeiten zur Internationalisierung und den daraus resultierenden negativen Folgen für die demokratische Substanz des DRIS überwiegen bei weitem die genuine Forschung zur Deparlamentarisierung und entstammen zudem oftmals unterschiedlichen Teildisziplinen der Politikwissenschaft, nämlich Politische Theorie

¹ Die legitimationsrelevante Problematik der Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit parallel zur Entwicklung einer transnationalen politischen Ordnung ist Gegenstand des Teilprojekts von Peters (B3).

und Internationale Beziehungen/Integrationsforschung einerseits sowie Innenpolitik und Komparatistik andererseits. Die meisten Studien zur Internationalisierung thematisieren die Schwächung des Nationalstaates im Gefolge der Globalisierung (Ohmae 1995, 2000; Krugmann/Obstfeld 2000) und/oder dessen Einbindung in ein System von *global governance*, wobei die *europäische Integration* ein eigenes Feld der Theoriebildung zur *governance* bildet und die Diagnosen zur Schwächung des Nationalstaates variieren. Für eine detaillierte Übersicht zur einschlägigen Literatur sei hier aus Platzgründen auf die entsprechenden Ausführungen des Dachpapiers verwiesen.

Oftmals wird Internationalisierung als direkte Ursache für Demokratieverluste – speziell: Deparlamentarisierung – angesehen (Marschall 2002; von Beyme 1998; Börzel 2000; Andersen/Burns 1996; Weber-Panariello 1995), weil die nationalstaatlichen Exekutiven die bestimmenden Akteure des Internationalisierungsprozesses seien (Moravcszik 1998, 1994, 1993) und hier eine weitgehende Handlungsfreiheit ohne hinderliche Rückbindung an parlamentarische Mitwirkung durchgesetzt hätten (Benz 1998a: 345), wobei die Internationalisierung sowohl in Gestalt der Europäischen Integration als auch internationaler Organisationen wie der WTO als *whipping boy* dient, die zur heteronomen Fremdbestimmung des im herkömmlichen Nationalstaat sich selbstbestimmenden ideellen *demos* führt (vgl. Krajewski 2001). Speziell von juristischer Seite wird hier eingeklagt, daß Demokratie als Regierungsform (Böckenförde 1999; Kaufmann 1997) bis auf weiteres darauf angewiesen sei, den nationalstaatlichen Parlamenten substanzielle Kompetenzen zu bewahren (BVerfGE 89: 155 f.; Steffani 1995).

Die Realität zeigt hingegen, daß etwa der Deutsche Bundestag, speziell dort, wo es um die Setzung von europäischem Sekundärrecht geht, nur noch eine Notifizierungsfunktion ausübt (Sturm/Pehle 2001: 73; Ismayer 2000: 297) und als "penetrierte" Institution ohnehin beträchtliche Anstöße für die Ausübung seiner Legislativfunktion extern und d.h. auch international erhält (von Beyme 1997: 185 f.). Parlamentarische Entscheidungen erscheinen zudem weitgehend präjudiziert durch Formen der Verhandlungsdemokratie (Scharpf 1993), in denen eine Informalisierung von Politik stattfindet, etwa durch regierungsnah agierende Experten- und Parteiengremien (von Blumenthal 2002) und Bündnisrunden, konkordanz- und verhandlungsdemokratische Regelungsprozesse (Scharpf 1993; Holtmann/Voelzkow 2000) u.ä., die sich alle durch eine Tendenz zur „Flucht aus der Institution“ des demokratisch legitimierten parlamentarischen Gesetzgebers auszeichnen. Dies bezieht sich auch auf Formen der Privatisierung und der Judikalisierung, durch die das Parlament umgangen wird.

Es kommt zu einer „Diskrepanz zwischen den formalen Beteiligungsrechten der Bürger und ihren effektiven Einflußchancen“ (Grande 1996: 336) und die

Gestaltungs- und Kontrollkompetenz der Parlamente nimmt ab (Scharpf 1993; Abromeit 1997). Juristen diskutieren dies schon länger im Umfeld der sogenannten Wesentlichkeitstheorie und des Gesetzesvorbehalts, seit Anfang der 1980er Jahre auch unter dem Stichwort des informalen Rechtsstaates (Bohne 1981) bzw. des informalen Verfassungsstaates (Schulze-Fielitz 1984), während der Prozeß der Internationalisierung mit Begriffen wie dem „offenen Verfassungsstaat“ bzw. dem „kooperationsoffenen Verfassungsstaat“ umschrieben wird (Hobe 1998a, b).

Von Deparlamentarisierung wird ebenfalls in einer Vielzahl unterschiedlicher Konnotationen gesprochen, die sowohl internationale als auch „binnenstaatliche“ Verwurzelungen haben. So ist beispielsweise von Deparlamentarisierung die Rede, wenn ein Idealtyp wie das Redeparlament zugrundegelegt und sodann festgestellt wird, daß eine Funktionsverlagerung zum Arbeitsparlament stattfindet. Man spricht auch von Deparlamentarisierung, wenn klassische Funktionen des Parlaments wie Kontrollfunktion, Öffentlichkeits- und Kommunikationsfunktion qualitative Veränderungen erfahren. Und erst recht kann man überall dort von Deparlamentarisierung sprechen, wo verhandlungsdemokratische Prozeduren zu einem *bypass* des Parlaments führen und dieses, wenn überhaupt, nur noch Beschlüsse ratifiziert, auf die es weder Einfluß genommen hat noch nehmen konnte (Sturm/Pehle 2001: 57 ff.). Normativ gesehen kann eine solche Rekalibrierung bislang „demokratischer“ Verfahren dann zu der Frage führen, inwieweit Verfassungsprinzipien wie Demokratie überhaupt noch eine Auswirkung auf institutionelle und kompetenzmäßige Ausgestaltungen staatlicher Institutionen im parlamentarischen System haben und ob es angesichts ihrer verfahrensmäßigen Umgehung nicht geradezu zwangsläufig zu geminderter demokratischer Legitimation kommen muss (Waechter 1994), die durch Legitimitätserzeugung in einer „Abstimmungsgesellschaft“ (Lucke 1995) oder „politische Kommunikation“ in der „Mediendemokratie“ (vgl. Sarcinelli 1994, 1998; Marschall 1999) nur unzulänglich kompensiert wird.

Neben Ansätzen, die rein diagnostisch den Niedergang des Parlamentarismus konstatieren und/oder defensiv auf einer Verknüpfung von Nationalstaat und parlamentarischer Demokratie bestehen, gibt es allerdings auch Versuche, ID (demokratie)verträglich (Scharpf 1993) – quasi „relegitimierend“ – zu interpretieren und sich mit den Aspekten und Aussichten einer postparlamentarischen Demokratie auseinander zu setzen (Benz 1998b). Hierbei geht es oft um – kompensatorische oder auch substitutive – Mechanismen zur Etablierung von Demokratie jenseits von Staatlichkeit (Abromeit 1998, 1999; Grande 1997; Held 1995; Jachtenfuchs 1999; Zürn 1996) bis hin zu Konzepten assoziativer Demokratie (Cohen/Rogers 1992; Hirst 1994; Schuppert 1997; Schmalz-Bruns 1997), die generell versuchen, gesellschaftliche Legitimation unterhalb der etatistisch-parlamentarischen Schwelle zu etablieren. *Output*-orientierte Ansätze der Demokratietheorie versuchen zudem zu

zeigen, daß Demokratiedefizite nicht zwingend ein Legitimationsdefizit nach sich ziehen müssen, wenn deparlamentarisierte Politiken jenseits des Nationalstaates gemeinwohlorientierte und problemadäquate Lösungsansätze (unterhalb genuiner Redistributionspolitiken) zu erzeugen vermögen (Scharpf 1999; Majone 2001, 1996). Gleichwohl bleiben Spannungen zwischen parlamentarischer und gouvernementaler Repräsentation sowie zwischen parlamentarischer und assoziativer Repräsentation bestehen, die potentielle Legitimationsdefizite nach sich ziehen können (Benz 1998a: 354 ff.).

Dies liegt daran, daß die meisten Arbeiten implizit oder explizit davon ausgehen, daß Parlamente „Ausdruck der zentralen Ordnungswerte einer Gesellschaft“ (Oberreuter 1992: 305) und somit bedeutsame *legitimizing agencies* sind – „the almost universal adoption of legislative institutions suggests that in the modern world all legitimate government must formally include a representative popular component“ (Almond u.a. 1993: 140/141). Insofern muß diskursiven und/oder kausalen Verknüpfungen zwischen Deparlamentarisierung und Legitimation gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein Blick auf die einschlägige Literatur ergibt hier aber ein eher disparates Bild:

Die (deutsche) Parlamentarismusforschung (als Überblick Oberreuter u.a. 2001; Thaysen u.a. 1988; Schneider/Zeh 1989; Porzner u.a. 1990) hat sich einer großen Vielfalt von Themen zugewandt. Arbeiten, die sich mit dem meßbaren *Standing* der Volksvertretung und ihrer Legitimation bei den Repräsentierten bzw. Adressaten der Gesetzgebung befassen, sind dagegen eher selten (Schüttemeyer 1986; Brettschneider 1995; Oberreuter 1984). Zudem bleibt zu beachten, daß „the legislature’s prestige in a nation does not accurately reflect its policy making influence; it is more a reflection of the general esteem in which governmental institutions are held“ (Almond u.a. 1993: 142).

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen Bewertung des parlamentarischen Einflusses auf den politischen Entscheidungsprozeß und der Perzeption des Bürgers, die *Norton* herausgearbeitet hat (Norton 1990). Scheinbar werden hiernach Parlamente in ihrer Fähigkeit, Politikinhalte maßgeblich zu bestimmen, seitens der Wissenschaft und seitens der von den Politiken eigentlich betroffenen Bürger ganz unterschiedlich eingeschätzt. Legitimatischer kann dies zu Verzerrungen in der diskursiven und kausalen Verknüpfung von ID und Legitimationswandel führen, was sich u.a. darin niederschlägt, daß die angeblich delegitimierenden Einflüsse internationalisierter Politiken primär von einer normativ-präskriptiven Warte aus deduziert werden, während intrastaatliche Tendenzen zur Deparlamentarisierung immerhin zumindest materiell festgemacht werden können (von Beyme 1997: 362), ohne aber auch hier Genaueres zu deren faktischer Wirkung auf die Legitimität sagen zu können.

Wie läßt sich nun der vorläufige Erkenntnisstand zur Frage nach dem Wandel demokratischer Legitimation durch ID zusammenfassen? Die komplexe Demokratietheorie definiert staatliches Handeln bislang als demokratisch legitimiert, wenn (s. Benz 1998b: 202)

- allen betroffenen Bürgern gleiche Beteiligungsmöglichkeiten in Entscheidungsverfahren zustehen, die es ihnen erlauben, ihre Interessen authentisch einzubringen (Prinzip der Interessenvermittlung zwischen Regierten und Regierenden; Prinzip der politischen Gleichheit);
- politische Entscheidungsprozesse sowie das Handeln von Repräsentanten für die Bürger transparent, nachvollziehbar und kontrollierbar sind (Prinzip der Öffentlichkeit; Prinzip der Verantwortlichkeit) und
- wenn in Entscheidungsverfahren effektive Problemlösungen gefunden werden, die von den Bürgern als solche anerkannt werden (Prinzip der Effektivität).

Diese Definition ist insofern als symptomatisch anzusehen, als in ihr sowohl *input*- als auch *output*-orientierte Aspekte der Legitimität vermischt werden, in die zudem normative und empirische Legitimitätsverständnisse verquickt sind. Belege dafür, wie in einzelnen Staaten solche Prinzipien als Legitimitätskriterien in Bezug auf ID und *Issues/Policies* angewendet werden bzw. ob es einen qualitativen Legitimationswandel aufgrund eines Wechsels von Grundtypen der Legitimation, einer Verschiebung im Mischungsverhältnis der Legitimationsformen und/oder den Austausch des inhaltlichen Kriteriums innerhalb einer Legitimationsform gibt, findet man in der einschlägigen Literatur hingegen nicht. Was bleibt, ist die (naheliegende) These, daß tradierte Legitimationsformen in dem Maße unter Druck geraten, wie sich der DRIS durch Prozesse der ID wandelt.

Um in diesem Kontext einen durch ID initiierten Wandel demokratischer Legitimation systematisch identifizieren zu können, empfiehlt es sich einerseits, das Konzept der Legitimität von normativ-präskriptiven Vorgaben abzulösen, sich zum anderen aber auch von der umfragezentrierten Einstellungsforschung zu lösen und so die – zweifellos fruchtbaren, aber eben auch vielschichtigen – Kategorien „diffuser“ und „spezifischer“ Unterstützung anders zu konturieren. Hierbei wäre auch zu reflektieren, ob die Differenzierung nach *input*- und *output*-zentrierter Legitimation hinreichend trennscharf und sensibel ist und wie „Demokratie“ als Leitbegriff moderner Legitimität in der „neuen Staatlichkeit“ reinterpretiert wird.

Die aktuelle Diskussion zur Legitimität „neuer Staatlichkeit“ konstatiert fast durchgehend, daß Prozesse der Internationalisierung die von *Dahl* für die repräsentativen Demokratien ausgemachte „Transformation der Demokratie“ (*Dahl* 1994) intensivieren und fortsetzen, und zwar in einer nach bisherigen demokratischen Standards problematischen, wenn nicht defizitären Weise (vgl. Weidenfeld

1996; Höreth 1999), die neuen Legitimitätserwerb notwendig mache (Böhner 1998). Nach dem bisherigen Stand der Forschung zeichnet sich eine funktionsfähige Demokratie als Referenzgröße politischer Legitimation durch folgende Charakteristika aus (Schmidt 2000: 451):

- Aufteilung bzw. Neutralisierung staatlicher Exekutivgewalt, vor allem die wirksame zivile Kontrolle polizeilicher und militärischer Gewalt;
- die von *Dahl* ausgemachte „MDP-Gesellschaft“ – eine wirtschaftlich einigermaßen entwickelte, **m**oderne, **d**ynamische, **p**luralistisch gegliederte Gesellschaft, in der die Machtressourcen weit gestreut sind;
- eine kulturell tief verankerte Wertschätzung individueller Autonomie und Freiheit, wie etwa in den christlichen sowie judäo-christlichen Religionen;
- eine ethnisch relativ homogene Bevölkerung oder zumindest die friedliche Regelung von Konflikten zwischen verschiedenen Volksgruppen;
- die völkerrechtliche Unabhängigkeit, unstrittige Grenzen und ein der Demokratie förderliches internationales Umfeld;
- tief verwurzelte liberal-konstitutionelle Traditionen;
- Barrieren gegen Einparteiendominanz und
- mit einiger Regelmäßigkeit erfolgende Regierungswechsel.

Internationalisierung und Deparlamentarisierung als Phänomene „neuer Staatlichkeit“ scheinen geeignet, diese *must haves* moderner Demokratie zu tangieren, gar zu schwächen – aber führt dies auch zwingend zu Legitimationsverlusten? Demokratiedefizite, erst recht wenn sie von einer normativ-präskriptiven Warte ausgemacht werden, müssen nicht zwingend zu Legitimationsverlusten führen, wie insbesondere *output*-orientierte Demokratietheorien betonen. Sowohl Internationalisierung als auch Deparlamentarisierung können insoweit also – je nachdem, welche Ausgangsdefinition von Demokratie man wählt – durchaus Demokratiedefizite zeitigen, ohne gleichzeitig Legitimationsverluste nach sich zu ziehen und das Vertrauen in das politische System in einen *confidence gap* (Lipset/Schneider 1987) zu manövrieren (Kaase/Newton 1999). Entscheidend scheint eher eine generalisierte Zustimmung im Sinne einer „continuing responsiveness of the government to the preferences of the citizens“ (Dahl 1971: 1) zu sein. Zwar gibt es den rekurrenten Vorwurf, daß etwa die Politik des Deutschen Bundestages immer seltener den Interessen und Präferenzen der Bevölkerung entspreche (Maier 2000) und deshalb nur wenig *responsiv* (hierzu grundlegend Eulau/Karps 1978; Pitkin 1967) sei, aber stimmt dies wirklich, und lassen sich daran entsprechende Legitimationsverluste festmachen? Und gilt dies vor allem *grosso modo* für alle Länder? Responsivität als legitimierungssichernde Variable (Brettschneider 1995) rekuriert als empirisches Konzept auf die von *Easton* ausgemachte „spezifische“ Unterstützung für be-

stimmte *outputs (policies)*, ist aber gleichzeitig eine normative Größe, da vorausgesetzt wird, nur eine responsive Politik könne auch wirklich demokratisch und mithin legitim sein. Hier kommt es also nicht nur darauf an, Legitimität nach *input-* oder *output-*Orientierung (Scharpf 1970, 1999) zu differenzieren, sondern dieser auch empirisch wahrnehmbare *Legitimationsformen* zuzuordnen, über die öffentliche Legitimationsauseinandersetzungen entstehen.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Die Antragsteller haben sich mit Legitimationsproblemen moderner Staatlichkeit und den legitimatorischen Folgeproblemen von Deparlamentarisierung und Internationalisierung vor allem auf den Forschungsgebieten Sozialstaatsanalyse und Verfassungswandel beschäftigt.

Der Antragsteller Roland *Lhotta* hat in den letzten Jahren schwerpunktmäßig zu Problemen der Verfassungstheorie, des Verfassungswandels sowie der Akzeptanz und Integrationsfähigkeit von Verfassungsrecht unter Bedingungen sich verändernder Staatlichkeit gearbeitet (1997, 1998, 2000a, 2001). Die Legitimationsthematik bestimmt zudem seine Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff bei Rudolf Smend (2000b, 2003). Weiterer Schwerpunkt Roland Lhottas ist die (vergleichende) Forschung zur Verfassungsgerichtsbarkeit und zum Föderalismus sowie deren Einfluß auf den Verfassungswandel und das demokratische Regieren in Mehrebenensystemen (1995, 2000c, 2002a, 2002b; Lhotta/Kilper 1996). Der Antragsteller Frank *Nullmeier* hat sich Fragen der Legitimation des Sozialstaates detailliert am Beispiel von Alterssicherungspolitiken gewidmet (Nullmeier/Rüb 1993), die Bedeutung des Gerechtigkeitsverständnisses für das Gelingen politischer Legitimation untersucht (1994, 2000a, 2000b, 2002; Nullmeier u.a. 1995) und die Potentiale der politisch-moralischen Ressource „Gemeinsinn“ erörtert (Nullmeier/Rüb 1994; Nullmeier/Pritzlaff 2002).

Einen zweiten Schwerpunkt der Antragsteller bilden Arbeiten zu konzeptionellen und methodischen Grundfragen der Politikwissenschaft, speziell der *Policy-Forschung* und der Analyse politischer Sprache. Frank *Nullmeier* hat Beiträge zur Entwicklung interpretativer Ansätze in der *Policy-Forschung* vorgelegt (1997, 1999, 2001; Nullmeier/Edmondson 1997). Erwähnenswert ist schließlich ein Beitrag im Kontext Politik und Sprache, der die leitartikelgestützte Analyse des Eindringens demokratiekritischer Sprache in öffentliche Diskurse behandelt (Lhotta 1989).

Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten

- Lhotta, Roland (1989) „Sind wir ‚gelinkt‘ worden? Zum Eindringen von 68er-Vokabular in die Gemein- und Bildungssprache“ *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 64 70-94 (Schwerpunktheft Sprachgeschichte seit 1945)
- (1995) *Imperiale Verfassungsgerichtsbarkeit und Föderalismus. Das Judicial Committee of the Privy Council und der BNA Act* Baden-Baden: Nomos
 - (1997) „Der Staat als Wille und Vorstellung: Die etatistische Renaissance nach Maastricht und ihre Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Bundesstaat“ *Der Staat* 36:2 189-210
 - (1998) „Verfassungsreform und Verfassungstheorie: Ein Diskurs unter Abwesenden?“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29:1 159-179
 - (2000a) „Effiziente Rechtsbrüche? Zur politisch-rechtlichen Ökonomie der Parteispendenaffäre“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31:2 369-390
 - (2000b) „Rudolf Smend und die Weimarer Demokratiediskussion: Integration als Philosophie des ‚Als-ob‘“ in: Christoph Gusy, Hg. *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik* Baden-Baden: Nomos 286-325
 - (2000c) „Konsens und Konkurrenz in der konstitutionellen Ökonomie bikameraler Verhandlungsdemokratie: Der Vermittlungsausschuß als effiziente Institution politischer Deliberation“ in: Ulrich Hilpert, Everhard Holtmann & Helmut Voelzkow, Hg. *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Empirische Analysen zu einem theoretischen Konzept* Opladen: Westdeutscher Verlag 79-103
 - (2001) „Föderalismus und Demokratie in der ‚postnationalen Konstellation‘: Verfassungstheoretische und dogmatische Herausforderungen für die deutsche Staatsrechtslehre“ in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Hg. *Jahrbuch des Föderalismus 2001* Baden-Baden: Nomos 35-55
 - (2002a) „Verfassungsgerichte im Wandel föderativer Strukturen – eine institutionentheoretische Analyse am Beispiel der BRD, der Schweiz und Österreichs“ in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Hg. *Jahrbuch des Föderalismus 2002* Baden-Baden: Nomos (i.E.)
 - (2002b) „Vermitteln statt Richten: Das Bundesverfassungsgericht als judizieller Mediator im LER-Verfahren“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12:3 1075-1100 (i.E.)
 - (2003) *Institutionen und Integration in einer Staatlichkeit des permanenten Übergangs. Zur Aktualität des Werks von Rudolf Smend* Baden-Baden: Nomos (i.E.).
- Lhotta, Roland & Heiderose Kilper (1996) *Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Leske+Budrich (*Grundwissen Politik* 15)
- Nullmeier, Frank (1994) „Distributive Verfassungsreform oder: Ist Verteilungsgerechtigkeit verfaßbar?“ in: Jürgen Gebhardt & Rainer Schmalz-Bruns, Hg. *Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften* Baden-Baden: Nomos 320-344
- (1997) „Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft“ in: Arthur Benz & Wolfgang Seibel, Hg. *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz* Baden-Baden: Nomos 101-144
 - (1999) „Interpretative Politikanalyse in der Theorienkonkurrenz“ in: Andreas Reckwitz & Holger Sievert, Hg. *Interpretation, Konstruktion, Kultur. Ein Paradigmenwechsel in den Sozialwissenschaften* Opladen: Westdeutscher Verlag 219-238
 - (2000a) *Politische Theorie des Sozialstaats* Frankfurt a.M./New York: Campus

- (2000b) „Argumentationsmacht und Rechtfertigungsfähigkeit schwacher Interessen“ in: Thomas von Winter & Ulrich Willems, Hg. *Politische Repräsentation schwacher Interessen* Opladen: Westdeutscher Verlag 93-109
- (2001) „Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?“ in: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider & Willy Viehöver Hg. *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* Bd. 1: *Theorien und Methoden* Opladen: Westdeutscher Verlag 285-312
- (2002) „Interessen und Moral in der Krise des Sozialstaats“ in: Ulrich Willems, Hg. *Interesse und Moral* Opladen: Westdeutscher Verlag (i.E.)
- & Ricca Edmondson (1997) „Knowledge, Rhetoric and Political Action in Context“ in: Ricca Edmondson, Hg. *The Political Context of Collective Action: Power, Argumentation and Democracy* London, New York: Routledge 210-238
- & Tanja Pritzlaff (2002) „Gemeinsinn durch Konkurrenz. Argumentationsfiguren normativer Integration“ in: Herfried Münkler & Harald Bluhm, Hg. *Gemeinwohl und Gemeinsinn zwischen Normativität und Faktizität* Berlin: Akademie Verlag 187-216
- & Friedbert W. Rüb (1993) *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat* Frankfurt a.M./New York: Campus
- & Friedbert W. Rüb (1994) „Erschöpfung des Sozialversicherungsprinzips? Gesetzliche Rentenversicherung und sozialstaatlicher Republikanismus“ in: Barbara Riedmüller & Thomas Olk, Hg. *Grenzen des Sozialversicherungsstaates* Opladen: Westdeutscher Verlag 59-80 (= *Leviathan* Sonderheft 14)
- & Diether Döring, Roswitha Pioch & Georg Vobruba (1995) *Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat* Marburg: Verlag Schüren

3.5 Arbeitsprogramm (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)

3.5.1 Forschungsziele

Die Legitimationsdiskussion wird in diesem Sfb als zentraler Bestandteil moderner Staatlichkeit definiert. Mit der Frage nach der Veränderung von Legitimationsmustern in ausgesuchten OECD-Ländern behandelt das Projekt diese Thematik. Die *Grundfrage* des Projektes lautet: *Haben sich die Muster politisch-demokratischer Legitimation durch Prozesse der Deparlamentarisierung und Internationalisierung verändert?* Grundsätzlich lassen sich die folgenden denkbaren Entwicklungsrichtungen benennen:

1. *Generelle Delegation* demokratischer Herrschaftsformen,
2. *Beibehaltung der tradierten Formen* demokratischer Legitimation (bei quantitativen Veränderungen wie Stärkung oder Schwächung) oder leichte Verschiebungen des tradierten Musters demokratischer Legitimation (aufgrund interpretatorischer Varianten) und

3. *Qualitativer Wandel* demokratischer Legitimation (bei gleichzeitigen quantitativen Veränderungen wie Stärkung oder Schwächung).

Die Legitimationsforschung bietet aufgrund der Neigung zu normativ bewertenden Aussagen auch in empirischen Kontexten bisher wenig Ansatzpunkte für eine systematische und vergleichende Bearbeitung des politischen *Legitimationswandels* und seines Zusammenhangs mit Prozessen der ID. Zwar bietet die Forschungsliteratur für jede der genannten Entwicklungsrichtungen Hinweise, jedoch kein Untersuchungsdesign, das das Auftreten einer dieser Entwicklungstendenzen in Differenz zu den beiden anderen Tendenzen empirisch zu erheben erlaubte. Die Legitimationsmessung und Akzeptanzforschung z.B. in Eurobarometer-Surveys vermag zwar die Verringerung oder Vermehrung der Anerkennung bestimmter Legitimationsobjekte anzuzeigen, bietet aber wenig Hilfe bei der Beantwortung der Frage nach Grundentwicklungsrichtungen und qualitativem Wandel. Um die Fragestellung des Projektes bearbeiten zu können, sind daher konzeptionell und methodisch bisher seltener begangene oder neue Wege zu beschreiten.

Alle drei denkbaren Entwicklungen politischer Legitimation können sich in öffentlichen Legitimationskonflikten und -debatten und/oder auf der Ebene der Verschiebung individueller Einstellungen niederschlagen. Die Probleme einer empirischen Legitimationsmessung im Gefolge von Eastons Konzept des *support* (Easton 1965, 1975) und auf der Basis der Einstellungsforschung sind breit diskutiert worden (Westle 1989; Fuchs 1989). Alternativ sind Strategien der Einbettung in eine breitere politische Kulturforschung (Greiffenhagen 1998) und der Erforschung von Legitimation durch das Auftreten oder Fehlen von Handlungen der Legitimationsverweigerung vorgeschlagen worden (z.B. Menzel 1980). Letzteres mündet in eine Dissens- bzw. Protestforschung, die das Ausmaß des unkonventionellen politischen Verhaltens zum Legitimationsindikator nimmt. Gegenüber den hauptsächlich praktizierten Strategien der Messung von *Einstellungen bzw. Orientierungen*, der Messung von *Handlungen* (z.B. Protesten) sowie der Kombination beider Meßverfahren verfolgt das vorliegende Projekt eine alternative Strategie der Legitimationserforschung auf der Ebene politischer *Kommunikation*. Das Projekt zielt auf die empirische Untersuchung des *öffentlich kommunizierten* Legitimationsgeschehens. Die Forschungsfrage lautet daher: *Verändert sich das öffentlich kommunizierte Legitimationsverständnis in den zu untersuchenden Ländern mit Bezug auf und in Abhängigkeit von Prozessen der Deparlamentarisierung und Internationalisierung und wird es durch diese Entwicklungen geschwächt oder gar gestärkt?*

Öffentliche Legitimationsauseinandersetzungen

Mit der Konzentration auf das öffentliche Legitimationsgeschehen löst sich der gewählte Untersuchungsansatz von der dominanten Untersuchungsweise empirischer Legitimationsforschung, der Einstellungsforschung: Individuelle Einstellungen zum politischen System gehören entsprechend nicht zum zentralen Untersuchungsgegenstand dieses Projektes, Daten zu Legitimationseinstellungen werden nur zu ausgewählten Vergleichszwecken im Rahmen der Fallstudien hinzugezogen. Statt der per Umfrageforschung zu erhebenden Einstellungsdaten bilden Daten zu legitimationsrelevanten öffentlichen Auseinandersetzungen, insbesondere zu Legitimationsdebatten, das Untersuchungsmaterial. Von einem Wandel politischer Legitimation ist in diesem Kontext nur dann zu sprechen, wenn sich in der öffentlichen Auseinandersetzung neue Begründungsfiguren und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft verbreiten oder gar durchsetzen.

Eine viele Personen erfassende, breite Veränderung individueller Einstellungen zum politischen System, die sich entfaltet, ohne Spuren in manifesten politischen Auseinandersetzungen und öffentlichen Debatten zu hinterlassen, soll dagegen als *Legitimationserosion* bezeichnet werden. Diese bildet nicht den Untersuchungsgegenstand dieser Studie. Ob ein Wandel von Grundmustern politischer Legitimation stattgefunden hat oder nicht, wird sich nach den Überlegungen dieser Studie daran erweisen, ob in öffentlichen Auseinandersetzungen über die Legitimität von Institutionen, Regierungsweisen und der politischen Ordnung insgesamt alte Formen der Legitimation kritisiert und denunziert sowie neue Formen der Legitimation kommuniziert und eingefordert werden – oder eben nicht. Wandel oder Nicht-Wandel öffentlicher Legitimation wird als Phänomen auf der Ebene politischer Kommunikation zwischen den beteiligten politischen Akteuren, individuellen wie korporativen, sichtbar.

In öffentlichen *Legitimationsauseinandersetzungen* müssen politische Akteure Kriterien definieren, Normen aufstellen oder auf Normen Bezug nehmen, an denen sich die *Legitimationswürdigkeit* oder *Anerkennungswürdigkeit* einer politischen Ordnung oder bestimmter Elemente dieser Ordnung bemisst (*Legitimität*). Wenn die Legitimationswürdigkeit einer politischen Ordnung bestritten oder gegen (vermeintliche oder gegebene) Bestreitungen per Schrift, Rede oder durch Handlungen/Praktiken innerhalb wie außerhalb der politischen Institutionen verteidigt wird, liegen kommunikative Prozesse der *Legitimation* oder Legitimationsauseinandersetzungen vor. Wird nur die Ebene der in Schrift und Rede erfolgenden Legitimationsauseinandersetzung betrachtet, soll die Bezeichnung *Legitimationsdebatte* verwendet werden. Wenn die Verknüpfung solcher Debatten mit konfliktuösen politischen Handlungen und Praktiken oder diese legitimationsrelevanten politischen Aktivitäten und Praktiken (von Auseinandersetzungen innerhalb der Verfassungsin-

stitutionen über intermediäre Praktiken wie z.B. *Lobbying* bis zu unkonventionellem politischen Handeln) selbst im Vordergrund stehen, soll von *Legitimationskonflikten* gesprochen werden. Die Differenz zwischen bloßen Debatten einerseits und Konflikten andererseits markieren *legitimationsrelevante Ereignisse*. Treten solche Ereignisse wie z.B. Demonstrationen, Proteste aller Art oder gezieltes Verhalten in politischen Institutionen im Zusammenhang mit der Bestreitung der Legitimität politischer Institutionen auf, gehen Debatten in manifeste Konflikte über.

Bei Infragestellung von *policyfeldspezifischen* politischen Institutionen, Organisationsweisen und Prinzipien handelt es sich um einen *Policykonflikt*, nicht um einen Legitimationskonflikt.

Erst bei Infragestellung von *policyfeldübergreifenden*, allgemeinen politischen Institutionen, Organisationsweisen und Prinzipien, bei Infragestellung des Grundcharakters des politischen Systems kann von einem Legitimationskonflikt gesprochen werden. Als *Legitimationskonflikte* sollen politische Auseinandersetzungen bezeichnet werden, in denen die Anerkennungswürdigkeit der Ordnung eines politischen Systems, einzelner zentraler Institutionen sowie von Organisationsweisen oder Prinzipien in politischen Aktivitäten thematisch wird. Legitimationsdebatten können sich unabhängig von direkt intervenierenden politischen Aktivitäten entfalten. Sie können sich in diversen (Teil-) Öffentlichkeiten vollziehen. Neben der allgemeinen politischen Öffentlichkeit sind auch besonders legitimationskritische Elitendiskurse (Fachöffentlichkeiten) in die Untersuchung einzubeziehen. Im Rahmen des Projektes werden vier Öffentlichkeiten/Diskursräume in die Betrachtung einbezogen:

- Massenmediale Öffentlichkeit (mit Schwergewicht auf den Printmedien),
- Parlamentarische Öffentlichkeit (Plenar- und Ausschußdebatten, parlamentarisches Druckmaterial),
- Juristische Öffentlichkeit (Gerichtsurteile der obersten Gerichte, insbesondere der Verfassungsgerichte) und
- Wissenschaftliche Öffentlichkeit (Debatten insbesondere in wissenschaftlichen Fachzeitschriften zu Fragen der politischen Legitimation).

In öffentlichen Legitimationsauseinandersetzungen können sich die Aussagen zur Anerkennungswürdigkeit oder Nicht-Anerkennungswürdigkeit auf verschiedene politische „Objekte“ beziehen, wie in der Tradition Eastons zu formulieren wäre (Easton 1965; zusammenfassend: Niedermayer 2001). Gegen Eastons Differenzierung in die Unterstützungsobjekte *political community*, *regime* und *political authorities* sind Einwände erhoben worden, die sich insbesondere auf Fragen der Abgrenzbarkeit richten. Hier sollen für die Zwecke einer Kommunikationsanalyse politischer Legitimation politische Ordnungen/Regime/Grundprinzipien (z.B. Demo-

kratie, Mehrheitsprinzip), politische Kerninstitutionen (insbesondere die Verfassungsinstitutionen) und politische Einheiten (z.B. Nationalstaat) als Legitimationsobjekte bestimmt werden.

Die Eastonsche Unterscheidung zwischen *diffuser Unterstützung* und *spezifischer Unterstützung* (Easton 1965, 1975) wird auf der Ebene der Untersuchung öffentlicher politischer Kommunikation in zweierlei Form wieder aufgegriffen:

1. Zunächst wird Eastons Unterscheidung in der Differenzierung der Typen von Legitimationsformen aufgegriffen. Das Konzept spezifischer Unterstützung zielt auf die Leistung politischer Einheiten, auf die eher kurzfristige Bewertung des *Outputs*, eine Kategorie, die in neueren Legitimationstheorien in Gegenüberstellung zur *Input*-Legitimation verwendet wird. *Input*-Legitimation ist aber nicht in eine analoge Nähe zur Kategorie diffuser Unterstützung zu bringen, die auf alle Motive und Gründe dauerhafter Anerkennung der Existenzberechtigung einer politischen Einheit zielt (Westle 1989). Angesichts der Schwierigkeiten exakterer Abgrenzungen zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung und der Umstellung von der Einstellungsforschung auf die Untersuchung öffentlicher Kommunikation wird über eine – gegenüber dem Schema *Input/Output* erweiterte – Typologie der Legitimationsformen versucht, eine angemessene Neuformulierung und empirische Verwendung der von Easton entwickelten Kategorien zu erreichen.

2. Dann wird Eastons Unterscheidung in der Frage relevant, in welchem Ausmaß die Legitimationsauseinandersetzung thematisch an spezifische *Issues* und *Policies* gebunden ist. Wird versucht, politische Institutionen und politische Ordnung wegen spezifischer Vorgänge in einem *Policyfeld* zu delegitimieren, oder löst sich die Legitimationsfrage von einem speziellen politischen Thema, einem *Issue*, oder einem bestimmten Politikfeld und wird zu einer generalisierten Debatte über die infrage gestellte Institution? *Issue- und policygebundene* werden daher von *generalisierten Legitimationsauseinandersetzungen* unterschieden. Zu untersuchen ist, ob eine legitimationsrelevante politische Kommunikation eine Bindung an ein politisches *Issue* aufweist, dessen politische Bearbeitung die politische Ordnung insgesamt fraglich werden läßt. *Issues* ihrerseits sind mit einer oder mehreren *Policies* verknüpft. Es ist daher für die Beantwortung der Ausgangsfrage von Bedeutung, jene *Policies* empirisch zu identifizieren, die Legitimationskonflikte generieren. Die Deparlamentarisierungs- und Internationalisierungsgrade differieren auf der Ebene von institutionell verfaßten *Policies* erheblich. *Policygebundene* Legitimationsauseinandersetzungen erlauben eine direkte Verknüpfung des Legitimationskonfliktes mit den spezifischen institutionellen Veränderungen, die Ergebnis der meist *polycyspezifischen* Ausprägung des Internationalisierungs- und Deparlamentarisierungsgrades sind. Aber auch generalisierte Legitimationsauseinandersetzungen können Bezüge zu Internationalisierung oder Deparlamentarisierung aufweisen, nur

wird entsprechend eine generalisierte, summative Einschätzung des ID-Grades relevant werden. *Policies*, die besondere Chancen dafür bieten, daß sie zur Entfaltung von Legitimationskonflikten beitragen bzw. daß *Policy*konflikte in Legitimationskonflikte übergehen, sind *legitimationskritische Politikfelder*, die zu bestimmen eine der Aufgaben des Projektes sein wird. Politische Konfliktfelder sind deshalb daraufhin zu untersuchen, ob sie Legitimationskonflikte generieren oder als Sach- und Interessenauseinandersetzungen auf der Ebene der spezifischen *Policy* verbleiben, ohne das politische System als Gesamtheit zu thematisieren und die Legitimität der politischen Ordnung – oder einzelne seiner Elemente – anzuzweifeln. Für die Bestätigung und Verteidigung (vermeintlich oder tatsächlich angegriffener) etablierter Legitimationsmuster soll der Begriff „Relegitimierung“ verwendet werden. Argumentationen und praktische Aktivitäten der Infragestellung bisher als geltend unterstellter Legitimationsfiguren werden dagegen als „Delegitimierung“ interpretiert. Auf der Basis der empirischen Ergebnisse der ersten Projektphase soll eine Begriffsstrategie erarbeitet werden, die die Untersuchung von Prozessen der Demokratiedelegitimation und der autoritären Reinterpretation und Relegitimation demokratischer politischer Systeme in der zweiten Projektphase ermöglicht.

Legitimationsformen

Um öffentlich kommunizierten Legitimationswandel systematisch identifizieren zu können, müssen die Kriterien, Normen und Prinzipien erfaßt und typologisiert werden, die zur Bestätigung oder Verneinung der Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung herangezogen werden. Im Rahmen des Projektes wird mit einer *sieben Typen* umfassenden Kategorisierung von (formalen) *Legitimationsmustern* gearbeitet: Politische Ordnungen, Institutionen und Einheiten können gerechtfertigt werden mit Bezug auf entweder

- ihre *Effektivität*,
- ihre *Effizienz*,
- ihre Beförderung von *Gerechtigkeit*,
- ihren Beitrag zu einem „*guten Leben*“ einer Gemeinschaft oder
- ihre Bestätigung durch die *authentische Zustimmung* freier Individuen,
- ihre *Legalität* bzw. die Ordnungsgemäßheit des sie konstituierenden Verfahrens,
- *Menschenrechte/Volkssouveränität*.

Die momentan prominenteste Einteilung von Legitimationsformen differenziert nach *Input*- und *Output*-Legitimationen (Scharpf 1999, 2000): Während *input*-orientierte Legitimitätsvorstellungen letztlich auf die Zustimmung der Regierten abstellen, seien *output*-orientierte Legitimationen auf substantielle Kriterien des

guten, effektiven Regierens gerichtet. Mit der Gegenüberstellung von *Input*- und *Output*-Legitimation kann jedoch die Menge der möglichen legitimierenden oder delegitimierenden Argumentationen nicht hinreichend erfaßt werden. Unter der Kategorie der *Output*-Legitimation wurden z.B. zwei Formen der Rechtfertigung oder Kritik ohne hinreichende typologische Differenzierung zusammengefaßt: *Output*-orientierte Legitimationsdebatten oder -konflikte rücken entweder die Leistungsfähigkeit, Zielerreichungsfähigkeit, *Performance* – also die *Effektivität* einer politischen Ordnung oder seiner tragenden Institutionen, Organisationsweisen und Prinzipien – in den Vordergrund oder aber das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Funktionserfüllung, also die *Effizienz* einer politischen Institution. Vernachlässigt wird in der maßgeblich von *Fritz W. Scharpf* geprägten Diskussion eine weitere Form der (De-)Legitimation politischer Ordnung: Diese Dimension sei hier als *outcome*-orientierte Legitimation bezeichnet. Fragen der Bewertung des materialen Ergebnisses staatlichen Handelns waren bei *Scharpf* bewußt auf eine Bewertung durch die normativen Kernkonzepte der Ökonomie beschränkt worden. Fragen der Verteilung und deren Bewertung wurden daher aus dem Theorierahmen ausgegliedert.

Für die empirische Analyse von Legitimationswandel kann aber nicht so verfahren werden. In Anlehnung an Unterscheidungen, die in der normativen politischen Theorie in der Debatte um Liberalismus und Kommunitarismus von zentraler Bedeutung sind, können zwei grundlegende Formen der Bewertung von Ergebnissen politischer Entscheidungen benannt werden: Entweder werden politische Ergebnisse an Maßstäben der *Gerechtigkeit* (moralisch, universalistisch, „gut für alle“) gemessen oder in Bezug auf *Konzeptionen guten Lebens* oder Identitäten (ethisch, partikularistisch, „gut für uns“) beurteilt. Politische Institutionen wie z.B. Parlamente und Gerichte können als gerechtfertigt gelten wegen der durch sie gesicherten Verwirklichung allgemeiner Gerechtigkeitsprinzipien oder wegen ihrer Förderung einer Lebensweise, die der betreffenden politischen Gemeinschaft besonders schützenswert erscheint.

Eine *input*-orientierte Legitimationsdebatte macht dagegen die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung von der *authentischen Zustimmung* der Betroffenen und ihrer Möglichkeit, sich am Entscheidungsprozeß zu beteiligen, abhängig.

Unter anderem von dieser Legitimitätsvorstellung abgesetzt finden sich Legitimationsformen, bei Max Weber und Niklas Luhmann von Seiten der Soziologie propagiert, die die Anerkennungswürdigkeit einer Ordnung allein auf die *Einhaltung von Verfahren* und *Rechtsregeln* gründen lassen und unterstellen, daß die Begründungskette und Befragbarkeit mit dem Verweis auf geregelte Verfahren und die Einhaltung positiven Rechts abbricht. Die auf Zustimmung zielende Variante

der *input*-orientierten Legitimation ist gegenüber der Scharpfschen Fassung unter Aufnahme von Überlegungen der neueren Demokratietheorie (Habermas 1992; Schmidt 2000) zu schärfen.

Eine politische Ordnung ist von der *Input*-Seite als anerkennungswürdig zu bezeichnen, wenn die institutionellen Grundstrukturen und politischen Prozesse von der *Einhaltung der Menschenrechte* und des Prinzips der *Volkssouveränität* geprägt sind.

Es lassen sich damit mithin nicht nur zwei, sondern sieben Legitimationsformen oder *Grundtypen der Legitimation* politischen Handelns bestimmen (siehe oben zu Beginn dieses Abschnitts).

- Qualitativer Legitimationswandel kann sich dementsprechend ergeben durch
- Wechsel von einem Grundtyp der Legitimation zum anderen,
 - eine grundlegende Verschiebung im (öffentlich präsenten) Mischungsverhältnis zwischen den Legitimationsformen oder auch
 - einen Austausch des inhaltlichen Kriteriums innerhalb einer Legitimationsform (z.B. durch ein gänzlich neues Verständnis von Effektivität).

Das Projekt soll konzeptionell und methodisch so angelegt sein, daß nicht allein qualitativer Legitimationswandel oder ein anderer Typus der Legitimationsentwicklung festgestellt werden kann. Auch die Möglichkeit der quantitativen Stärkung oder Schwächung soll mit in den Blick genommen werden. Aufgrund der Hypothesen, die in der Literatur zu ID formuliert sind, wird erwartet, daß tradierte Legitimationen in dem Maße unter Druck geraten, wie sich der DRIS durch Prozesse der ID wandelt. Dies kann sich als Abschwächung oder als qualitativer Wandel darstellen. Doch fehlt es an Überlegungen, in welche Richtung sich qualitative Veränderungen der Legitimationsgrundlagen moderner politischer Systeme ergeben oder ergeben könnten. Auch die Möglichkeit der Delegitimation als partiellem Zusammenbruch demokratischer Legitimation angesichts von ID muß im Untersuchungsdesign präsent gehalten werden (vgl. Phase 2 des Projektes). Von besonderem Interesse ist dabei, welche Legitimationsformen, die das tradierte Rechtfertigungsgerüst getragen haben, am schnellsten und intensivsten unter Delegitimationsdruck geraten.

Legitimationswandel und ID

Im Zentrum des Projektes steht die Frage nach dem Zusammenhang zwischen ID und dem Wandel der politischen Legitimation. Um hier nicht verschiedene Ebenen zu vermischen, unterscheiden wir im Rahmen des Projektes zwischen

- diskursiven Verknüpfungen zwischen Deparlamentarisierung/Internationalisierung und Legitimation sowie

→ kausalen Verknüpfungen zwischen diesen beiden Größen.

Eine diskursive Verknüpfung liegt vor, wenn von politischen Akteuren in Schrift, Rede und in der Anlage ihrer politischen Praktiken/Aktivitäten eine Beziehung zwischen Fragen der Anerkennungswürdigkeit und Prozessen der ID hergestellt wird. Diskursive Verknüpfung ist ein Phänomen auf der Ebene politischer Kommunikation. Eine kausale Verknüpfung liegt vor, wenn ein diagnostizierter Legitimationswandel von jenen Politikfeldern ausgeht und in ihnen seinen Anstoß findet, die sich von anderen Politikfeldern signifikant durch ihren Internationalisierungs- bzw. Deparlamentarisierungsgrad abheben.

Untersuchungsstrategisch folgt daraus eine Zweistufigkeit der Erhebung: In einem *ersten* Untersuchungsteil werden Legitimationsdebatten auf ihre Veränderungen und Verknüpfung mit den Themen Deparlamentarisierung/Internationalisierung untersucht, wobei zudem schon beobachtet werden kann, ob es Zusammenhänge zwischen den Varianzen in den Legitimationsdiskursen und bestimmten Kontextfaktoren gibt. In einem *zweiten* Untersuchungsschritt ist zu prüfen, ob sich Legitimationsdebatten und -konflikte sowie Wandlungen im Legitimationsverständnis in jenen Politikfeldern bzw. Ländern abspielen, in denen ein besonders hoher Grad an Deparlamentarisierung/Internationalisierung festzustellen ist, oder ob andere Zusammenhänge zwischen dem Grad der ID und dem Legitimationswandel empirisch gestützt werden können. Erforderlich sind daher (debatten)unabhängige Daten über den Grad an ID einzelner Politikfelder in den untersuchten Ländern.

Deparlamentarisierungsprozesse werden im Rahmen des Projektes verstanden als Prozesse der Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf

- Private (Markt, Familie, Individuum = Privatisierung),
- zivilgesellschaftliche Organisationen (= Assoziierung) und
- Verbände (= Korporatisierung)

oder auf von parlamentarischer Entscheidungsfindung unabhängige politische Organe wie spezifische Einrichtungen

- der Exekutive (= Bürokratisierung),
- der Justiz (= Justizialisierung) oder
- auf Expertengremien (= Expertokratisierung).

Der Begriff Internationalisierung politischer Entscheidungsprozesse wird für Verschiebungen im Verhältnis der politischen Ebenen (Europäisierung, Internationalisierung, Supranationalisierung) bzw. als Übertragung von Kompetenzen auf Mehrebenensysteme verwendet.

Es sind daher sowohl für Internationalisierung wie für Deparlamentarisierung mehrere Grundausprägungen oder Grundformen zu unterscheiden. Legitimationsdebatten und -konflikte könnten sich an ganz spezifischen Konstellationen von

Tendenzen der ID entfalten, denkbar ist aber auch, daß Legitimationsauseinandersetzungen über die Vielfalt der ID-Tendenzen streuen. Die empirische Untersuchung zielt darauf, Aussagen darüber machen zu können, welche Formen der ID bei Legitimationsauseinandersetzungen thematisiert werden.

Die Untersuchung von *Legitimationswandel und diskursiver Verknüpfung* zu ID führt zu folgenden Fragestellungen zunächst für den Fall der *Statusbeschreibung*, der Untersuchung von Legitimationsformen zu einem Zeitpunkt:

- Welche Typen der Legitimation kommen empirisch in welchem Maße vor?
- Welche politischen Akteure verwenden welche Legitimationsmuster?
- Welche Argumentationsmuster werden von Seiten der „Delegitimierer“, welche von Seiten der „Legitimationswahrer“ vertreten?
- In welchen Ländern dominieren welche Legitimationsformen?
- Bei welchen Konflikten (Konfliktintensitäten und *Policyfeldern*) dominieren welche Muster?
- Bei welchen *Issues* und *Policies* finden argumentative Verkettungen mit Deparlamentarisierung statt? Welche Formen der Deparlamentarisierung stehen im Vordergrund?
- Bei welchen *Issues* und *Policies* finden argumentative Verkettungen mit Internationalisierung statt, und um welche Formen der Internationalisierung handelt es sich?

Für den *Zeitpunktvergleich* oder den *Zeitreihenvergleich* lassen sich die untersuchungsleitenden Fragen wie folgt formulieren:

- Hat sich die Verteilung zwischen den Legitimationsmustern signifikant verschoben?
- Haben wichtige Akteursgruppen ihre Legitimationsargumentationen verändert?
- Sind die präferierten Legitimationstypen bzw. delegitimierenden Argumentationen bei „Bewahren“ bzw. „Delegitimierern“ konstant geblieben?
- Haben sich länderspezifische oder *policyfeldspezifische* Veränderungen in den Legitimationsmustern ergeben und haben sich die Legitimationsargumente in Abhängigkeit von variierenden Konfliktintensitäten verändert?
- Ist der Grad der Verknüpfung von Legitimationsfragen mit Prozessen der Deparlamentarisierung bzw. Internationalisierung gestiegen?

Die Analyse des Legitimationswandels, der Veränderung von Legitimationsdebatten und -konflikten, geht der Untersuchung *des kausalen Zusammenhangs zwischen ID und Legitimation* voraus. Der zweite Untersuchungsschritt baut auf den Ergebnissen des ersten auf und konfrontiert das untersuchte öffentliche Legitimationsgeschehen und die dort vorgenommenen Verknüpfungen zu ID mit den unabhängig ermittelten Graden an Deparlamentarisierung und Internationalisierung in den legi-

timationskritischen Politikfeldern. Entzündeten sich die Legitimationskonflikte und der Legitimationswandel wirklich in jenen Politikfeldern, in denen ID am stärksten vorangeschritten sind? Oder entstehen Legitimationsfragen gerade in den *Policy*-feldern und den *Issues*, die von institutionellen Prozessen der ID am wenigsten erfaßt sind. Legitimationsprobleme stünden nur in einer sehr lockeren Beziehung zum Wandel des DRIS durch ID, wenn sich zeigen ließe, daß Legitimationskonflikte in *Policy*-feldern entstehen, die über höchst unterschiedliche Grade an ID verfügen. Zentral für diesen Untersuchungsschritt ist die Entwicklung von verlässlichen Indikatoren für den ID-Grad.

3.5.2 *Untersuchungsmethode*

Fallauswahl, Untersuchungszeitraum und methodische Vorgehensweise

In einem Vergleich von vier in ihren demokratischen Grundstrukturen stark variierenden Staaten (Vereinigte Staaten von Amerika, Großbritannien, Schweiz und Bundesrepublik Deutschland) sollen

- erstens Legitimationsauseinandersetzungen mit Bezug zu ID in den Jahren 1990 bis 2005 identifiziert,
- zweitens Anzeichen für einen Wandel politischer Legitimation in den Jahren 1990 bis 2005 gesucht und
- drittens kausal interpretierbare Zusammenhänge zwischen möglichem Legitimationswandel und Prozessen der ID ermittelt werden.

Begründung des Untersuchungszeitraums

Als Untersuchungszeitraum bieten sich für die gewählte thematische Fragestellung die Jahre 1970/1975 bis 2005 oder 1990 bis 2005 an. Die Veränderungen gegenüber der typischen Ausprägung des DRIS setzten in den 1970er Jahren ein. Der Beginn des heute diskutierten Globalisierungsprozesses kann auf die frühen 1970er Jahre und den Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse festgelegt werden. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen politischen Systeme in Osteuropa hat der Globalisierungsprozeß allerdings erst seine heutige Dynamik erhalten; die Veränderungen werden öffentlich sichtbar und „Globalisierung“ wird ein debattenbestimmender Terminus. Diese neue Bedeutung von Internationalisierungsprozessen in den 1990er Jahren in Verbindung mit Überlegungen zur operativen Seite des Projektes (Machbarkeit, erhöhte Selektivität der Analyse bei größerem Untersuchungszeitraum) läßt die Wahl des Untersuchungszeitraums 1990-2005 sinnvoll erscheinen.

Legitimationsauseinandersetzungen für „lange“, vergangene Zeiträume wie die Phase 1990 bis 2002 sind nicht vollständig nachträglich zu erheben. Hier bedarf es

eines Verfahrens, das zentrale Auseinandersetzungen über die Legitimität politischer Ordnung, politischer Einheiten und politischer Institutionen identifiziert und auswählt (siehe Expertenworkshops). Nur diese ausgewählten Legitimationsdebatten und -konflikte werden im Rahmen von Fallstudien näher zu analysieren sein. Für die Projektlaufzeit selbst ist jedoch auch eine zeitnahe Erhebung von Daten zu Legitimationsauseinandersetzungen möglich. Unter Berücksichtigung von Vorbereitungsarbeiten sowie der Auswertungs- und Ergebnisdokumentationsphasen wird der Zeitraum von 6/2003 bis 12/2005 für die aktuelle, laufende Erhebung von Daten im Rahmen einer Medientextanalyse (siehe unten) genutzt.

Begründung der Länderauswahl

Den Kern der in diesem Projekt zu realisierenden Untersuchung bilden Fallstudien und die laufende Medientextanalyse zum öffentlichen Legitimationsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und den USA. Gemäß der leitenden Fragestellung des Projektes soll für alle vier Länder untersucht werden, inwieweit sich dort das öffentlich kommunizierte Legitimationsverständnis mit Bezug auf und in Abhängigkeit von Prozessen der Internationalisierung und Deparlamentarisierung verändert und sich dementsprechend in der öffentlichen Auseinandersetzung neue Begründungsformen und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit (veränderter) demokratischer Herrschaft durchsetzen.

Die Auswahl der Länder vereint unterschiedliche Demokratietypen: den mehrheitsdemokratischen Westminster-Parlamentarismus Großbritanniens, die Präsidialdemokratie der Vereinigten Staaten von Amerika, die Konkordanzdemokratie mit direktdemokratischer Komponente der Schweiz sowie die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.

Alle vier Staaten sind – in allerdings stark variierendem Maße – in *Governance*-strukturen jenseits der eigenen Staatlichkeit eingebunden, die Internationalisierungs- und Deparlamentarisierungsprozesse initiieren können: Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien in die Europäische Union, die Vereinigten Staaten in die NAFTA. Die Schweiz differiert hiervon insoweit, als jenseits der „üblichen“ völkerrechtlichen Einbindungen keine Mitgliedschaft in Integrationsgebilden mit Tendenz zur Herausbildung supranationaler Strukturen existiert – mit Ausnahme der für alle 4 Staaten geltenden Bindung an WTO und GATT.

Zwei der Staaten, BRD und Schweiz, sind im Sinne der Lijphartschen Typologie Konsensdemokratien, Großbritannien und in abgeschwächter Form die USA dagegen dem Typus der Mehrheitsdemokratien zuzuordnen. Dem entsprechen stark differierende Regelungskulturen sowie Staatstraditionen und eine sich erheblich unterscheidende politische Kultur, die sowohl stark individualistische und kompetitive (USA, Großbritannien) als auch konsensorientierte Wertorientierungen (BRD,

Schweiz) aufweisen. Alle vier Demokratien sind keine defekten oder labilen Demokratien, sondern zeichnen sich durch konstant hohe Werte in der Akzeptanz und Unterstützung ihrer politischen Systeme aus. Drei der Staaten – Schweiz, Bundesrepublik Deutschland und USA – sind Bundesstaaten, in denen die Gliedstaaten im Falle der Schweiz und der USA eine relativ ausgeprägte Eigenständigkeit aufweisen, der gegenüber die Bundesländer der BRD abfallen; Großbritannien ist dagegen trotz begonnener Dezentralisierung nach wie vor als Einheitsstaat anzusehen.

Die Länderauswahl bietet durch ihre Typenvarianz die Möglichkeit, die in den jeweiligen Typen dominanten Legitimationsformen vergleichend herauszuarbeiten und sodann zu untersuchen, inwieweit ID bereits, bedingt durch das institutionelle Design dieser Demokratien, unterschiedlich rezipiert und in das öffentliche Legitimationsgeschehen eingebracht werden. Die Frage, inwieweit Wandel von Legitimationsformen durch ID erstens zeitgleich und zweitens substantiell ähnlich in modernen Varianten des DRIS abläuft, wird sich hiernach verlässlicher beantworten lassen. Die Typenvarianz ermöglicht es zudem, präzisere Aussagen darüber zu treffen, ob es – staatenübergreifend – bestimmte *Policyfelder* gibt, die besonders „anfällig“ für Legitimationsauseinandersetzungen sind, die an ID anknüpfen, oder ob unterschiedliche Staatstraditionen und politische Kulturen usw. zu einer entsprechenden Streuung der (öffentlich wahrgenommenen) Intensität von ID in *Policyfeldern* und damit auch einer Streuung von *policy*-beeinflussten Legitimationsauseinandersetzungen führen.

Methodische Vorgehensweise

Das vorgestellte Untersuchungskonzept verlangt ein methodisches Vorgehen in drei konzeptionellen Stufen:

1. Zur *Identifikation von Legitimationsauseinandersetzungen und legitimationskritischen Policyfeldern* wird für die Untersuchung des Zeitraums 1990 bis 2002 auf das Verfahren der Expertenbefragung in Form von *Expertenworkshops* zurückgegriffen. Um die relevanten und untersuchungswürdigsten Legitimationsauseinandersetzungen in vier Ländern in einem über zehnjährigen Zeitraum zu isolieren, ist der Rückgriff auf Kenner und Kennerinnen der jeweiligen nationalen Debattenentwicklung erforderlich. Gut vorbereitete *Expertenworkshops* sollen sowohl einen Überblick über die Legitimationskonflikte und -debatten liefern und die besonders legitimationskritischen *Policyfelder* benennen, Empfehlungen für die Auswahl bestimmter Legitimationsauseinandersetzungen als Gegenstand von Fallstudien formulieren als auch Kooperationspartner für die Durchführung der Fallstudien finden helfen. Die *Expertenworkshops* werden als Arbeitstreffen, nicht als klassische Tagungen mit Vortrag und Diskussion angelegt. Grundlage der Beratung sind vom Projektteam formulierte Fragestellungen, die den Eingeladenen vor dem

Workshop vorgelegt werden. Mittels schriftlicher Stellungnahmen, mündlicher Kurzstatements und Diskussionsbeiträgen sollen Antworten auf diese Fragen erarbeitet werden.

Für die Identifikation von Legitimationsauseinandersetzungen in den Jahren 2003 bis 2005 wird das Instrument der *Medientextanalyse* verwendet. Der Versuch, über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren Legitimationsdebatten in vier Ländern zu beobachten, zwingt zu deutlich selektiven Zugriffen auf mögliches Untersuchungsmaterial. Durch die Konzentration auf je ein Leitprintmedium pro Untersuchungsland kann die Ausgangstextmenge übersichtlich gestaltet werden. Mögliche Verzerrungen durch die jeweilige politische Tendenz der Zeitschriften sind nicht auszuschließen. Ziel ist es jedoch, solche Legitimationsauseinandersetzungen zu identifizieren, deren Thematisierung und journalistischer Bearbeitung sich kein Leitmedium eines Landes entziehen kann. Kriterien für die Auswahl von Medien sind die Funktion als Qualitäts- und Leitmedium innerhalb der jeweiligen nationalen Medienlandschaft. Für Großbritannien wird *The Guardian* gewählt, für die USA *The Washington Post*, für die Schweiz die *Neue Zürcher Zeitung* und für die Bundesrepublik Deutschland die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

In die Untersuchung werden alle auf den Politikseiten vertretenen Artikel der Leitprintmedien einbezogen (alle digital vorgehaltenen Politikartikel). Näherer Betrachtung werden aber nur jene Artikel zugeführt, die auf Legitimationsdebatten oder Legitimationskonflikte verweisen. Dieser zentrale Selektionsschritt, der den weiter zu untersuchenden Textkorpus auf der Basis der Untersuchungseinheit Artikel radikal reduziert, differenziert nur zwischen legitimationsrelevanten und nicht-relevanten Nachrichten, Kommentaren und sonstigen Artikeln. Grundlage dieser Codierung ist die Bestimmung eines *semantischen Feldes* „*Legitimationsauseinandersetzung*“, das Begrifflichkeiten des Legitimationsobjektes (politische Ordnung, politische Kerninstitutionen, politische Gemeinschaft) ebenso umfaßt wie Ausdrücke des Bestreitens und Befestigens der politischen Anerkennungswürdigkeit. Nur bei Auftreten von Vokabeln aus dem semantischen Feld der Legitimationsauseinandersetzung in der Überschrift, dem Untertitel oder der Einleitung von Artikeln erfolgt die Zuordnung zu der Kategorie legitimationsrelevanter Artikel. Die Grundausswertung der legitimationsrelevanten Artikel ermöglicht die zeitnahe Bestimmung der aktuellen legitimationskritischen Auseinandersetzungen in vier Ländern.

2. Die *Analyse des Wandels von Legitimationsformen* erfolgt für den Zeitraum 2003-2005 durch detaillierte Auswertungsverfahren im Rahmen der *Medientextanalyse*. Die legitimationsrelevanten Artikel werden klassifiziert und auf der Basis einer computergestützten Textanalyse analysiert (vgl. Mayring 1997; Titscher u.a.

1998; Gerhards u.a. 1998; Keller u.a. 2001). In Zusammenarbeit mit der *Zürcher Forschungsstelle Öffentlichkeit und Gesellschaft* („fög“) wird festgelegt, in welchem Umfang die digitalen Internet-Ausgaben der ausgewählten Leitprintmedien genutzt werden können (Imhof 1999; Imhof/Eisenegger 2001). Für die Schweiz kann auf die Zeitungsartikel-Datenbank des fög direkt zurückgegriffen werden, die für die Jahre seit 1998 die Artikel der deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz digital vorrätig hält und nach *Issues* vercodet erschließbar macht. Jeder als legitimationsrelevant erachtete Artikel wird nach thematisiertem *Issue* sowie *Policyfeld* erfaßt und unter Verwendung insbesondere der folgenden Kategorien weiter analysiert:

- Beteiligte Akteursgruppen in Legitimationsauseinandersetzungen in der Rolle als Delegitimierer oder Relegitimierer,
- Auftreten und Art legitimationsrelevanter Ereignisse,
- verwendete Legitimationsmuster,
- argumentative Verkettung mit Deparlamentarisierung und
- argumentative Verkettung mit Internationalisierung.

Es wird, wie beschrieben, bei Legitimationsauseinandersetzungen konzeptionell zwischen bloßen Legitimationsdebatten und Legitimationskonflikten unterschieden. Letztere zeichnen sich dadurch aus, daß legitimationsrelevante Ereignisse (z.B. Proteste) zu de- oder relegitimierenden Äußerungen und Schriften hinzutreten. Legitimationsrelevante Ereignisse werden im Rahmen dieses Projektes ebenfalls mittels der Auswertung der Leitprintmedien erhoben. Die Auswertung der als legitimationsrelevant identifizierten Artikel erstreckt sich zudem auf die Identifikation der legitimationsrelevanten Ereignisse, bei denen das Niveau bloß verbaler Auseinandersetzungen überschritten worden ist. So ist durch die Medientextanalyse auch Menge und Art der legitimationsrelevanten Ereignisse sowie die Relation zwischen Legitimationsdebatten und Legitimationskonflikten zu bestimmen. Mit diesem Untersuchungsverfahren sind vorbereitende Wege für eine Art „Legitimationsmonitoring“ geschaffen. Ein Abgleich mit den Daten der Protestforschung (für Deutschland: PRODAT) findet im Rahmen der Kooperation mit Prof. Rucht (Berlin) statt.

Für den Zeitraum 1990 bis 2002 sind *Fallstudien* das angemessene Instrument zur Untersuchung des Legitimationswandels. In den Expertenworkshops wird geklärt, welche Auseinandersetzungen in den Jahren 1990 bis 2002 für das jeweilige Land von großer legitimatorischer Bedeutung waren. Je Untersuchungsland werden ein bis zwei Fallstudien durchgeführt, die in einer Längsschnittanalyse den Legitimationswandel in seinem Zusammenhang zu Prozessen der Internationalisierung und Deparlamentarisierung untersuchen. Die Fallstudien beziehen jeweils vier Teilöffentlichkeiten in die Untersuchung ein:

- *Legitimationsthematisierungen in den Massenmedien*: Als zentrale Bestandteile demokratischer Öffentlichkeit sind massenmediale Kommunikationsentwicklungen ein sensibler Indikator, mit dem Legitimationswandel ausgemacht, benannt und kritisiert wird. Statt systematischer computergestützter Medientextanalyse ist für die Fallstudien selektiv auf Zeitungs- und Zeitschriftenarchive zuzugreifen. Ziel der Analyse ist es, darüber Aufschluß zu gewinnen, ob Konflikte über die Legitimität politischer Entscheidungen Prozessen der Deparlamentarisierung bzw. Auswirkungen der Internationalisierung zugeschrieben werden.
- *Parlamentarische Legitimationskonflikte* insbesondere bei gesetzgeberischen Entscheidungen: Legitimationsauseinandersetzungen können sich in Konflikten um die Verabschiedung von Gesetzen äußern. Das Dokumentenmaterial der Parlamentsdatenbanken zur parlamentarischen Debatte im jeweiligen legitimationskritischen Policyfeld ist im Rahmen der Fallstudien gezielt und analog den Fragestellungen und Analysekatogorien der Medientextanalyse auszuwerten.
- *Rechtsdiskurse und Judikate der Verfassungsgerichte*: Die richterrechtliche Entwicklung, wie sie sich in Verfassungsgerichtsurteilen niederschlägt und von Diskursen der Rechtswissenschaft begleitet wird, fungiert als institutioneller Garant der Strukturprinzipien westlicher Demokratien und damit als *gate keeper* für die Verlagerung demokratiekonstitutiver Kompetenzen auf andere Ebenen. Kommt es im Untersuchungsfall zu einer Thematisierung des Legitimationsproblems bzw. einer Thematisierung von Deparlamentarisierung und Internationalisierungstendenzen auch in Verfassungsgerichtsurteilen? Klagen von politischen Akteuren sowie Bürgern vor höchsten Gerichten, insbesondere Verfassungsgerichten sind rechtssoziologisch gesehen ein guter Indikator für Legitimationskonflikte. Auf der Ebene der Klagen, die zu höchstrichterlichen Urteilen geführt haben, läßt sich feststellen, ob diese mit dem expliziten oder impliziten Ziel erfolgt sind, sowohl Inhalte als auch Verfahren delegitimierend wirkender Politikprozesse der ID (unter Bezug auf das Demokratieprinzip) anzugreifen.
- *Wissenschaftliche Fachdiskurse*: Prozesse der Delegation und Relegitimation können im wissenschaftlichen Schrifttum sowohl reflektierend kommentiert und analysiert, aber auch selbst befördert oder begrenzt werden. Im Rahmen der Fallstudie sind die insbesondere durch Elitenbeeinflussung legitimationsrelevanten fachwissenschaftlichen Diskurse ebenso im doppelten Sinne zu verwerten: einerseits als Untersuchungsmaterial im Objektbereich der Untersuchung – als Teil des politischen Legitimationsgeschehens –, andererseits als wissenschaftliche Hilfestellung zur Analyse des ausgewählten Falles der Legitimationsauseinandersetzung.

3. Über die Untersuchung der Legitimationskommunikation hinaus bedarf es der *Bestimmung des Deparlamentarisierungs- und Internationalisierungsgrades der legitimationskritischen Policyfelder*. Eine ausschließlich die Ebene politischer Kommunikation untersuchende Konzeption würde sich bei der Vorlage der Untersuchungsergebnisse mit der Feststellung begnügen müssen, daß in einem empirisch bestimmbar Maß diskursive Beziehungen zwischen Legitimationsfragen und Prozessen der ID hergestellt worden sind. Ein geringer Grad diskursiver Bezugnahme würde als Fehlen einer Beziehung zwischen Legitimation(swandel) und ID zu werten sein, ein hohes Maß als Anzeichen eines engeren Zusammenhangs. Denkbar ist jedoch, daß ein hohes Maß diskursiver Bezugnahme auf ID auftritt, obwohl sich im *Policyfeld*, in dem der Legitimationskonflikt auftritt, keine nachweisbaren institutionellen Veränderungen ergeben haben, die als ID gewertet werden können. Ebenso sind Legitimationsdebatten denkbar, die sich ohne größeren Bezug auf ID abspielen, jedoch in einem Politikfeld, in dem sich deutliche Tendenzen zu ID ergeben haben. Diskurs- und Institutionenwandel können auseinander treten. Deshalb ist es erforderlich, eine zweite Untersuchungsebene einzubeziehen, die für die als legitimationsrelevant identifizierten *Policyfelder* – unabhängig von den in öffentlicher Kommunikation hergestellten oder nicht hergestellten Beziehungen – den faktischen Grad an ID festzustellen sucht.

In Einzelfällen wird es sicherlich möglich sein, für diesen Untersuchungsschritt auf Ergebnisse anderer Teilprojekte des Sonderforschungsbereiches zurückzugreifen, wenn sich dort untersuchte *Policies* als legitimationskritisch im Sinne dieses Projektes erweisen. Sind eigenständige Untersuchungen erforderlich, wird ein einfaches Indikatorenkonzept zur Bestimmung von ID-Graden im Anschluß an die oben gemachten Unterscheidungen zwischen Dimensionen und Ausprägungen von ID entwickelt. Durch Untersuchung der offiziellen Dokumente, Gesetzes- und Vertragsmaterialien wird daraufhin der konkret vorhandene ID-Grad je untersuchtem *Policyfeld* bestimmt. Verfassungsänderungen sowie Kompetenzverlagerungen auf andere Ebenen (Lokalisierung bis Internationalisierung), andere Sektoren (Verlagerung von Staat auf Wirtschaft, Familie, Individuen, Verbände, Zivilgesellschaft) und andere öffentliche Entscheidungsinstanzen (Expertengremien, Verhandlungen zwischen Regierungen, Bürokratien, Bürgergremien, Gerichte, Mediationsrunden, autonomisierte öffentliche Einrichtungen usw.) werden mittels Sekundäranalyse der zentralen wissenschaftlichen Literatur und gesetzesbezogener Dokumentenanalyse (Bundestagsdatenbanken, EU-Dokumente und -Datenbanken, OECD-Studien) ermittelt. Bei Unklarheiten werden Experten für das entsprechende Politikgebiet herangezogen.

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Die Erforschung des öffentlich kommunizierten Legitimationsgeschehens und des Legitimationswandels in den DRIS erfolgt in drei Untersuchungsphasen. Im Zentrum der *ersten Phase* (2003 bis 2006) steht die empirische Untersuchung des Legitimationswandels und seines Zusammenhangs mit Prozessen der Internationalisierung und Deparlamentarisierung in den vier Untersuchungsländern Schweiz, Deutschland, USA und Großbritannien. In der *zweiten Phase* (2007 bis 2010) sollen Phänomene der kommunikativen und politischen Zuspitzung – Legitimationskrisen –, die zur Delegitimation oder autoritären Relegitimation der Demokratie führen können, in einzelnen ausgewählten Ländern (Italien, Österreich, Dänemark, Niederlande) untersucht werden. Die Ergebnisse der ersten und zweiten Phase sollen schließlich als Grundlage einer empirische, normative und evaluative Momente integrierenden Legitimationstheorie postnationaler Staatlichkeit dienen, die in einer *dritten Untersuchungsphase* (2011 bis 2014) zu entwickeln sein wird.

Arbeitsschritte

Folgende Arbeitsschritte stehen in der ersten Phase an:

1. Arbeitsschritt: Identifikation von Legitimationsauseinandersetzungen und relevanten *Policyfeldern* für die Jahre 1990 bis 2002 in *Expertenworkshops*, Auswahl der Experten, Vorbereitung der Fragekataloge für die Expertenanhörung, Organisation der *Workshops*, Durchführung und Dokumentation sowie Entscheidungsfindung über jene Debatten und Konflikte, die Gegenstand von Fallstudien werden sollen (01/2003-03/2004).

2. Arbeitsschritt: Zunächst Vorbereitung der Medientextanalyse durch Erstellung eines semantischen Feldes Legitimationsauseinandersetzung (Codebuch für die Identifikation legitimationsrelevanter Artikel), eines Auswertungsbogens bzw. einer Datenbankstruktur für die Detailanalyse der legitimationsrelevanten Artikel bei Beratung durch das Schweizer „fög“, Schulung der Codierer, Pretest und Überprüfung des Zeitbedarfs, bei Bedarf Modifikation des Analyseinstrumentariums (01/2003-06/2003). Anschließend Durchführung der Medientextanalyse (06/2003-12/2005), Identifikation und Auswertung der legitimationsrelevanten Artikel, laufende Überprüfung der Codierarbeit, Koordination der Auswertungsarbeiten zu den einzelnen Ländern, Zwischenauswertungen mit dem Ziel der Identifikation und Abschätzung der Bedeutung aktueller Legitimationsdebatten und -konflikte sowie des Vergleichs mit den Debatten/Konflikten zwischen 1990 und 2002 im jeweiligen Land. Endauswertung der Medientextanalyse (insgesamt: 6/2003-06/2006).

3. Arbeitsschritt: Konzeption und Durchführung der Fallstudien zu den Legitimationsauseinandersetzungen zwischen 1990 und 2002 in den vier untersuchten

Ländern. Materialsuche und Materialaufbereitung (Primär- und Sekundärmaterial), Feststellung der ungeklärten Fragen und fehlenden Daten, Durchführung von Recherchen und Experteninterviews im Untersuchungsland, Niederschrift der Fallstudienresultate als Berichte über den Zusammenhang zwischen Legitimation und ID im untersuchten Legitimationskonflikt.

4. Arbeitsschritt: Analyse des Deparlametarisierungs- und Internationalisierungsgrades in den relevanten *Policyfeldern*, Konzeption von Indikatoren für ID, Rezeption der Ergebnisse der anderen Teilprojekte des Sonderforschungsbereiches, Materialrecherche und -auswertung, Feststellung fehlender Materialien und schwieriger Abgrenzungsfragen etc., Überarbeitung des Indikatorenkonzeptes, Erarbeitung eines Berichts über die Bestimmung der ID-Grade in den zentralen untersuchten *Policyfeldern*.

5. Arbeitsschritt: Zusammenführung der Einzelresultate aus den Fallstudien und der Medientextanalyse sowie der Untersuchung der ID-Grade zu einer Darstellung des Legitimationswandels sowie seiner Beziehung zu ID in den Jahren 1990 bis 2005, Überprüfung der Ergebnisse anhand der Resultate der anderen Sfb-Teilprojekte, Niederschrift eines Endberichts und Vorbereitung einer englischsprachigen Buchpublikation.

Zeitplan

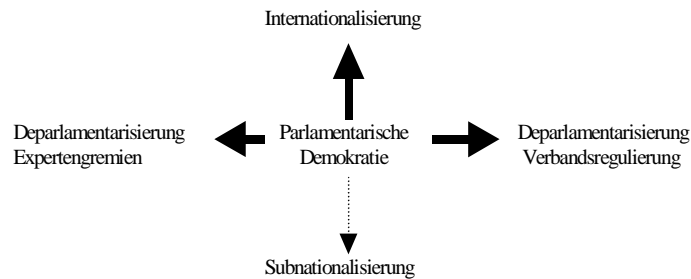
Daraus ergibt sich folgende hier schematisch dargestellte Arbeitsabfolge in den ersten vier Jahren:

Arbeitsschritte	2003		2004		2005		2006	
Identifikation von Legitimationsaus-einandersetzungen in <i>Workshops</i> mit Experten aus den vier Untersuchungsländern								
Analyse aktueller (6/2003-12/2005) Legitimationsdebatten und -konflikte mittels Medientext-analyse								
Anfertigung von Fallstudien zu Legitimationskonflikten und -debatten in den Untersuchungsländern								
Untersuchung des Deparlamentarisierungs- und Internationalisierungsgrades in den legitimationskritischen <i>Policy</i> feldern der Untersuchungsländer								
Zusammenführung der Einzelergebnisse zu einer Gesamtbeschreibung des Legitimationswandels 1990 – 2005; Verfertigung des Abschlußberichtes								

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit politischem Wandel in der Legitimationsdimension des demokratischen Nationalstaates. Deparlamentarisierung und Internationalisierung fordern die klassischen Legitimierungsprozesse des DRIS heraus. Das Gelingen bzw. Mißlingen legitimatorischer Sicherung des demokratischen Charakters des Staates ist angesichts dieser Herausforderungen von zentraler Bedeutung für die Transformation moderner Staatlichkeit. Legitimierungsprozesse verlagern sich durch Privatisierungs- und/oder Internationalisierungstendenzen in andere Arenen. Legitimität wird etwa durch Expertenkommissionen (Deparlamentarisierung) und internationale Institutionen (Internationalisierung) auf anderen Ebenen erzeugt und u.U. auf der nationalstaatlichen Ebene geschwächt.

Abbildung 1: Die zwei Achsen des Wandels in der Legitimationsdimension



Zwischenergebnisse aus Teilprojekten der Blöcke A, C und D sind von Relevanz für die Bestimmung des Deparlamentarisierungs- und Internationalisierungsgrades der legitimationskritischen *Policyfelder*.

Innerhalb des Blockes B gibt es Bezüge zu allen Teilprojekten: Besondere Nähe ergeben sich aufgrund gemeinsamer Begriffsbestimmungen zu Teilprojekt B3 („Öffentlichkeit“). Komplementarität besteht zu den Teilprojekten B4 („Internet und Legitimität“) und B3 („Öffentlichkeit“), die nach Strukturveränderungen von Kommunikationsnetzwerken und Öffentlichkeiten im Zuge von Internationalisierungsprozessen als Voraussetzungen veränderter Legitimationsprozesse fragen, während sich das hier vorgestellte Teilprojekt B1 mit dem inhaltlichen Wandel von Legitimationen befaßt. Teilprojekt B2 („Transnationale soziale Räume“) richtet sich stärker auf Fragen der Identität. Da in Teilprojekt B 5 („Legitimationsgrundlagen internationaler Institutionen“) Legitimitätsfragen in einem spezifischen Policyfeld analysiert werden, ergeben sich Möglichkeiten wechselseitiger Anregung und des Austausches der Forschungsergebnisse.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte verwandten Zuschnitts werden von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

Literatur

- Abromeit, Heidrun (1998) *Democracy in Europe: Legitimising Politics in a non-state Polity* New York u.a.: Berghahn
- (1999) „Volkssouveränität in komplexen Gesellschaften“ in: Hauke Brunkhorst & Peter Niesen, Hg. *Das Recht der Republik* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 17-36
- Achterberg, Norbert & Werner Krawietz, Hg. (1981) *Legitimation des modernen Staates* Wiesbaden: Steiner
- Almond, Gabriel A., G. Bingham Powell, Jr. & Robert J. Mundt (1993) *Comparative Politics. A Theoretical Framework* New York: Harper Collins
- & Sidney Verba (1963) *Political Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Hg. (1980) *The Civic Culture Revisited* Boston, MA u.a.: Little, Brown
- Andersen, Svein & Tom R. Burns (1996) „The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study in Post-Parliamentary Governance“ in: Svein S. Andersen & Kjell A. Eliassen, Hg. *The European Union. How Democratic is it?* London: Sage 227-251
- Anderson, Christopher J. & Christine A. Guillory (1997) „Political Institutions and Satisfaction with Democracy: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems“ in: *American Political Science Review* 91:1 66-81
- Beetham, David (1994) *Defining and Measuring Democracy* London u.a.: Sage
- Beisheim, Marianne, Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernhard Zangl, & Michael Zürn (1999) *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung* Baden-Baden: Nomos
- Benz, Arthur (1998a) „Ansatzpunkte für ein europafähiges Demokratiekonzept“ in: Beate Kohler-Koch, Hg. *Regieren in entgrenzten Räumen* Opladen: Westdeutscher Verlag 345-368 (PVS-Sonderheft 29)
- (1998b) „Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat“ in: *Greven 1998* 201-222
- Berg-Schlosser, Dirk (2000) „Messungen und Indices von Demokratie: Leistungsfähigkeit, Kritikpunkte, Probleme“ in: *Lauth u.a. 2000* 298-311
- & Ralf Rytlewski, Hg. (1993) *The Political Culture of Germany* Basingstoke u.a., UK: Macmillan
- & Jürgen Schissler, Hg. (1987) *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* Opladen: Westdeutscher Verlag (= PVS-Sonderheft 18)
- Beyme, Klaus von (1984) „Unregierbarkeit in westlichen Demokratien“ in: *Leviathan* 12 39-49
- (1997) *Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (1998) „Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungsfindung“ *Internationale Politik* 53:4 21-30.
- (1999^{3. Neub.}) *Die Parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise* Opladen: Westdeutscher Verlag (1970¹)
- Blondel, Jean (1973) *Comparative Legislatures* Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall
- & Richard Sinnott & Palle Svensson (1998) *People and Parliament in the European Union: Participation, Democracy, and Legitimacy* Oxford: Clarendon Press

- Blumenthal, Julia von (2002) „Auswanderung der Politik aus den Institutionen. Schwächung der repräsentativen Demokratie. Replik auf Eberhard Schuett-Wetschky“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* **12**:1 3-26
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1999) *Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Bogdandy, Armin von (2000) „Zweierlei Verfassungsrecht: Europäisierung als Gefährdung des gesellschaftlichen Grundkonsenses?“ *Der Staat* **39**:2 163-184
- Bohne, Eberhard (1981) *Der informale Rechtsstaat* Berlin: Duncker & Humblot
- Böhner, Martina Martha (1998) *Integration und Legitimität in der Europäischen Union: Über Prozesse des Legitimitätsverlusts. Ein Beitrag im Lichte der Theorie von Karl W. Deutsch* Baden-Baden: Nomos
- Bohrmann, Hans, Otfried Jarren, Gabriele Melischek & Josef Seethaler, Hg. (2000) *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Theoretisch-methodische Implikationen und längerfristige Analysen* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Börzel, Tanja A. (2000) „Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?“ *Politische Vierteljahresschrift* **41**:2 225-250
- Bretschneider, Frank (1995) *Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (1996) „Parlamentarisches Handeln und öffentliche Meinung. Zur Responsivität des Deutschen Bundestages bei politischen Sachfragen zwischen 1949 und 1990“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **27**:1 108-126.
- Brunckhorst, Hauke & Matthias Kettner, Hg. (2000) *Globalisierung und Demokratie* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Bußhoff, Heinrich (1996) *Politische Legitimität: Überlegungen zu einem problematischen Begriff* Neuried: Ars Una
- Caporaso, James A. (1989) *The Elusive State: International and Comparative Perspectives* Newbury Park, CA u.a.: Sage
- (2000) *The European Union: Dilemmas of Regional Integration* Boulder CO: Westview
- Cohen, Joshua & Joel Rogers (1992) „Secondary Associations and Democratic Governance“ *Politics & Society* **20** 393-472
- Cowles, Maria Green, James Caporaso & Thomas Risse, Hg. (2001) *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change* Ithaca, NY u.a.: Cornell University Press
- Dahl, Robert A. (1971) *Polyarchy. Participation and Opposition* New Haven, CN/London: Yale University Press
- (1989) *Democracy and its Critics* New Haven, CN/London: Yale University Press
- (1994) „A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation“ *Political Science Quarterly* **109**:1 23-34
- (1997) *Toward Democracy: A Journey. Reflections: 1940-1997* 2 Bde, Berkeley, CA: Institute of Governmental Studies Press
- (1998) *On Democracy* New Haven, CN/London: Yale University Press
- Döring, Herbert, Hg. 1995: *Parliaments and Majority Rule in Western Europe* Frankfurt/New York: Campus

- (1996) „Parlamentarische Kontrolle in Westeuropa“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 27 42-54.
- Dörner, Andreas & Ludgera Vogt, Hg. (1995) *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne* Berlin u.a.: De Gruyter
- Dux, Günter (1976) *Strukturwandel der Legitimation* Freiburg i. Br./München: Alber
- Hg. (2001) *Moral und Recht im Diskurs der Moderne. Zur Legitimation gesellschaftlicher Ordnung* Opladen: Leske+Budrich
- Easton, David (1965) *A Systems Analysis of Political Life* New York: Wiley
- (1975) „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“ *British Journal Of Psychology* 5 435-457
- Ebbighausen, Rolf, Hg. (1973) *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Eulau, Heinz & Paul D. Karps (1978) „The Puzzle of Representation: Specifying Components of Responsiveness“ in: Heinz Eulau & John C. Wahlke, Hg. *The Politics of Representation. Continuities in Theory and Research* Beverly Hills, CA/London: Sage 55-71
- Evans, Peter (1997) „The Eclipse of the State? Reflections on Stateness in an Era of Globalization“ *World Politics* 50:1 (Okt.) 62-87
- Fach, Wolfgang & Ulrich Degen, Hg. (1978) *Politische Legitimität* Frankfurt a.M./New York: Campus
- Flathman, Richard E. (1993) „Legitimacy“ in: Robert Goodin & Philip Pettit, Hg. *A Companion to Contemporary Political Philosophy* Oxford: Blackwell 527-533
- Follesdal, Anders & Peter Koslowski, Hg. (1998) *Democracy and the European Union* Berlin: Springer
- Franck, Thomas M. (1999) *The Empowered Self. Law and Society in the Age of Individualism* Oxford: Oxford University Press
- Hg. (2000) *Delegating State Powers: The Effect of Treaty Regimes on Democracy and Sovereignty* Ardsley NY: Transnational Publishers
- Friedrich, Carl Joachim (1960) „Die Legitimität in politischer Perspektive“ *Politische Vierteljahresschrift* 1:1 119-132
- Fuchs, Dieter (1989) *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (1998) „Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien“ in: *Greven 1998* 151-179
- Gabriel, Oscar W. (1997) „Politische Einstellungen und politisches Verhalten“ in: Oscar W. Gabriel & Everhard Holtmann, Hg. *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland* München/Wien: Oldenbourg 381-497
- (1999) „Demokratie in der Vereinigungskrise? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9:3 827-861
- Hg. (1997) *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* Opladen: Leske+Budrich
- Garzón Valdés, Ernesto (1988) *Die Stabilität politischer Systeme* Freiburg: Alber
- Gerhards, Jürgen & Jörg Rössel (1999) „Zur Transnationalisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik“ *Zeitschrift für Soziologie* 28:5 325-344
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt & Dieter Rucht (1998) *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung* Opladen: Westdeutscher Verlag

- Goldmann, Kjell (2001) *Transforming the European Nation-State* London u.a.: Sage
- Grande, Edgar (1996) „Demokratische Legitimation und europäische Integration“ *Leviathan* 24:3 339-360
- (1997) „Post-nationale Demokratie – Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle“ in: Werner Fricke, Hg. *Globalisierung und institutionelle Reform. Jahrbuch für Arbeit und Technik 1997* Bonn: J.H.W. Dietz
- Greiffenhagen, Martin (1998) *Politische Legitimität in Deutschland* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- & Silvia Greiffenhagen (1993) *Ein schwieriges Vaterland* München: List
- Greven, Michael Th., Hg. (1998) *Demokratie – Eine Kultur des Westens* Opladen: Leske+Budrich
- & L. W. Pauly, Hg. (2000) *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order* Lanham: Rowman & Littlefield
- Grieswelle, Detlef (2000) *Politische Rhetorik: Macht der Rede, öffentliche Legitimation, Stiftung von Konsens* Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- Guehenno, Jean-Marie (1996) *Das Ende der Demokratie* München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Guggenberger, Bernd & Claus Offe (1984) *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Habermas, Jürgen (1973) *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1992) *Faktizität und Geltung* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Hartmann, Jürgen (2000) *Westliche Regierungssysteme. Parlamentarismus, präsidentielles und semi-präsidentielles Regierungssystem* Opladen: Leske+Budrich
- Heidorn, Joachim (1982) *Legitimität und Regierbarkeit. Studien zu den Legitimitätstheorien von Max Weber, Niklas Luhmann, Jürgen Habermas und der Unregierbarkeitsforschung* Berlin: Duncker & Humblot
- Held, David (1995) *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitical Governance* Cambridge, UK: Polity Press
- Hennis, Wilhelm (2000) „Legitimität. Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft“ in: ders. *Politikwissenschaft und politisches Denken. Politikwissenschaftliche Abhandlungen II* Tübingen: Mohr Siebeck 250-296 (zuerst 1976)
- & Peter Graf Kielmansegg & Ulrich Matz, Hg. (1977/1979) *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* Stuttgart: Klett-Cotta, 2 Bde
- Herzog, Dietrich (1989) „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation?“ in: Dietrich Herzog & Bernhard Wessels, Hg. *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien* Opladen: Westdeutscher Verlag 307-335
- Hilke Rebenstorf, Camilla Werner & Bernhard Wessels, unter Mitarbeit von Manfred Hriner (1990) *Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hilke Rebenstorf & Bernhard Weßels, Hg. (1993) *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hirst, Paul (1994) *New Form of Economic and Social Governance* Cambridge, UK: Polity Press

- Hobe, Stephan (1998a) *Der offene Verfassungsstaat zwischen Souveränität und Interdependenz. Eine Studie zur Wandlung des Staatsbegriffs der deutschsprachigen Staatslehre im Kontext internationaler institutionalisierter Kooperation* Berlin: Duncker & Humblot
- (1998b) „Der kooperationsoffene Verfassungsstaat“ *Der Staat* **37**:4 521-546
- Höffe, Otfried (1999) *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung* München: Beck
- Hofmann, Hasso (1977) *Legitimität und Rechtsgeltung. Verfassungstheoretische Bemerkungen zu einem Problem der Staatslehre und der Rechtsphilosophie* Berlin: Duncker & Humblot
- Holtmann, Everhard & Helmut Voelzkow, Hg. (2000) *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Höreth, Marcus (1999) *Die Europäische Union im Legitimationstrilemma: Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit* Baden-Baden: Nomos (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn)
- Hübner, Emil (1995) *Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland* München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit
- Imhof, Kurt (1999): „Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft – fög“ *Medienwissenschaft Schweiz* **1** 1-19
- & Mark Eisenegger (2001) „Issue Monitoring: Die Basis des Issues Managements. Zur Methodik der Früherkennung organisationsrelevanter Umweltentwicklungen“ in: Ulrike Röttger, Hg. *Issue Management* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 257-278
- Inglehart, Ronald (1977) *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles* Princeton NJ: Princeton University Press
- (1989) *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt* Frankfurt a.M. /New York: Campus
- (1997) *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Inkeles, Axel, Hg. (1991) *On Measuring Democracy* New Brunswick, NJ u.a.: Transaction Publishers
- Ismayr, Wolfgang (1996) „Das Parlament - ein zentrales Forum des politischen Diskurses?“ in: Margarete Fabricius-Brand & Bertram Bömer, Hg. *4. Alternativer Juristinnen- und Juristentag* Baden-Baden: Nomos 73-88
- (1999) „50 Jahre Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* **20** 14-26
- Hg. (1999) *Die politischen Systeme Westeuropas* Opladen: Leske+Budrich
- (2000) *Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze* Opladen: Leske+Budrich
- Jachtenfuchs, Markus (1999) „Die Zukunft der Demokratie im Rahmen der Europäischen Union“ in: Max Kaase & Günther Schmid, Hg. *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland* Berlin: Edition Sigma 263-281
- Jackson, John H. (1997) „The Great 1994 Sovereignty Debate: United States Acceptance and Implementation of the Uruguay Round Results“ *Columbia Journal of Transnational Law* **36**:1/2 157-188
- Jarren, Otfried, Ulrich Sarcinelli & Ulrich Saxer, Hg. (1998) *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* Opladen: Westdeutscher Verlag

Lhotta/Nullmeier

- Jung, Otmar (1999) „Siegesszug direktdemokratischer Institutionen als Ergänzung des repräsentativen Systems?“ in: Herbert von Armin, Hg. *Demokratie vor neuen Herausforderungen* Berlin: Duncker & Humblot 103-137
- Kaase, Max & Kenneth Newton, Hg. (1999) *Beliefs in Government* Oxford: Oxford University Press (*Beliefs in Government* Bd. 5)
- (1979) „Legitimationskrise in westlichen Industriegesellschaften“ in: Helmut Klages & Peter Kmiecziak, Hg. *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel* Frankfurt: Campus 328-350
 - (1982) „Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien?“ in: Joachim Raschke Hg. *Bürger und Parteien* Opladen: Westdeutscher Verlag 173-189
 - (1989a) „Bewußtseinslagen und Leitbilder in der Bundesrepublik Deutschland“ in: Werner Weidenfeld & Hartmut Zimmermann Hg. *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989* München: Hanser 203-220
 - (1989b) „Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien“ in: Ulrich Matz Hg. *Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie* Köln u.a.: Heymann 99-125 (= *ZfP-Sonderheft 2*)
 - (1992) „Legitimitätsüberzeugungen“ in: Dieter Nohlen Hg. *Lexikon der Politik* Bd. 3, München: Beck 224-231
 - & Friedhelm Neidhardt & Barbara Pfetsch (1997) „Politik und Ökonomie in der Massendemokratie: Forschungsdesiderate und veränderte Strukturbedingungen des Mediensystems“ *Publizistik* **42:1** 3-15
- Karlsson, Christer (2001) *Democracy, Legitimacy and the European Union* Uppsala: Skrifter utgivna av Statsvetenskapliga Föreningen I Uppsala
- Kaufmann, Marcel (1997) *Europäische Integration und Demokratieprinzip* Baden-Baden: Nomos
- Keller, Reiner, Andreas Hirsland, Werner Schneider & Willy Viehöver, Hg. (2001) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* Bd. 1: *Theorien und Methoden* Opladen: Leske+Budrich
- Kenworthy, Lane (2000) *Quantitative Indicators of Corporatism: A Survey and Assessment*, Köln: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG Discussion-Paper 00/4)
- Kevenhörster, Paul (1978) „Legitimitätsdoktrinen und Legitimierungsverfahren in westlichen Demokratien. Zu Bestimmungsfaktoren und Defiziten der Systemlegitimierung“ in: *Kielmannsegg/Matz 1978* 59-103.
- Kielmannsegg, Peter Graf, Hg. (1976) *Legitimationsprobleme politischer Systeme* Opladen: Westdeutscher Verlag (= *PVS-Sonderheft 7*)
- (1996) „Integration und Demokratie“ in: Markus Jachtenfuchs & Beate Kohler-Koch, Hg. *Europäische Integration* Opladen: Leske+Budrich 47-71
 - & Ulrich Matz, Hg. (1978) *Die Rechtfertigung politischer Herrschaft. Doktrinen und Verfahren in Ost und West* Freiburg/München: Alber
- Kilian, Jörg, (1996) „Das alte Lied vom Reden und Handeln. Zur Rezeption parlamentarischer Kommunikationsprozesse in der parlamentarisch-demokratischen Öffentlichkeit“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **27:3** 503-518
- Kißler, Leo (1976) *Die Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages* Berlin: Duncker & Humblot
- Klages, Helmut, Hans-Jürgen Hippler & Willi Herbert (1992) *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition* Frankfurt a.M. u.a.: Campus

- Klingemann, Hans-Dieter (1999) „Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis“ in:
Norris 1999 31-56
- (2000) „Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre“ in: *Lauth u.a. 2000* 266-297
- Kluxen, Kurt, Hg. (1980^{5 stw}) *Parlamentarismus* Königstein/Ts: Athenäum u.a. (1967¹)
- Knodt, Michèle & Beate Kohler-Koch, Hg. (2000) *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung* Frankfurt a.M.: Campus
- Kohler-Koch, Beate & Rainer Eising, Hg. (1999) *The Transformation of Governance in the European Union* London u.a.: Routledge
- Hg. (1998) *Regieren in entgrenzten Räumen* Opladen: Westdeutscher Verlag (= *PVS-Sonderheft* 29)
- Krajewski, Markus (2000) *Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation (WTO)* Berlin: Duncker & Humblot
- Kranenpohl, Uwe (1999) *Mächtig oder Machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1994* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Kriele, Martin (1994) *Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Krippendorff, Ekkehart (1978) „Legitimität als Problem der Politikwissenschaft“ in: *Fach/Degen 1978* 26-39
- Krüger, Udo M. (1996) „Boulevardisierung der Information im Privatfernsehen“ *Media Perspektiven* 7 362-374
- Krugmann, Paul R. & Maurice Obstfeld (2000⁵) *International Economics: Theory and Policy* Reading, MA: Addison-Wesley (1988¹)
- Lauth, Hans-Joachim, Gert Pickel & Christian Welzel, Hg. (2000) *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Lehmbruch, Gerhard (1999) „Verhandlungsdemokratie, Entscheidungsblockaden und Arenenverflechtung“ in: Wolfgang Merkel & Andreas Busch, Hg. *Demokratie in Ost und West* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 402-424
- Lijphart, Arend (1999) *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries* New Haven, CN u.a.: Yale University Press
- Hg. (1992) *Parliamentary versus Presidential Government* Oxford: Oxford University Press
- & Markus M. Crepaz (1991) „Corporatism and Consensus Democracy in Eighteen Countries: Conceptual and Empirical Linkages“ *British Journal of Political Science* 21:2 235-256
- (1984) *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries* New Haven, CN u.a.: Yale University Press
- Linz, Juan J. & Arturo Valenzuela, Hg. (1994) *The Failure of Presidential Democracy. The Case of Latin America* Baltimore/London: Johns Hopkins University Press
- Lipset, Seymour Martin & William Schneider (1987) *The Confidence Gap* Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press
- Hg. (1995) *The Encyclopedia of Democracy* London: Routledge, 4 Bde
- Loewenberg, Gerhard, Hg. (1971) *Modern Parliaments. Change or Decline?* Chicago/New York: Aldine-Atherton

Lhotta/Nullmeier

- Loewenberg, Gerald & Samuel C. Patterson, Hg. (1979) *Comparing Legislatures* Boston, MA: Little, Brown
- (1971) *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* Tübingen: Wunderlich
- Lucke, Doris (1995) *Akzeptanz: Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“* Opladen: Leske+Budrich
- Luhmann, Niklas (1993³) *Legitimation durch Verfahren* Darmstadt u.a.: Luchterhand (1969¹)
- Luthardt, Wolfgang (1994) *Direkte Demokratie: Ein Vergleich in Westeuropa* Baden-Baden: Nomos
- Maier, Jürgen (2000) *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen* Opladen: Leske+Budrich
- Majone, Giandomenico (1994) „Paradoxes of Privatization and Deregulation“ *Journal of European Public Policy* **1**:1 53-69
- (1996) *Regulating Europe* London u.a.: Routledge
- (1997) „From the Positive to the Regulatory State: Causes and Consequences of Changes in the Mode of Governance“ *Journal of Public Policy* **17**:2 139-167
- (2001) „Non-majoritarian Institutions and the Limits of Democratic Governance: A Political Transaction-Cost Approach“ *Journal of Institutional and Theoretical Economics* **157**:1 57-78
- Maluschke, Günther (1976) „Zur Legitimität politischer Institutionen und politischen Handelns“ *Zeitschrift für Politik* **23**:1 366-376
- Mandt, Hella (1985) „Legitimität“, in: Dieter Nohlen, Hg. *Pipers Wörterbuch zur Politik* Bd. 1, München: Piper 503-509
- (1995) „Legitimität“, in: Dieter Nohlen, Hg. *Lexikon der Politik* Bd. 1, München: Beck 284-298
- Manin, Bernard (1997) *The Principles of Representative Government* Cambridge u.a.: Cambridge University Press
- Marschall, Stefan (1999) *Öffentlichkeit und Volksvertretung. Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (2002) „Niedergang und Aufstieg des Parlamentarismus im Zeitalter der Denationalisierung“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **33**:3 377-390.
- Maurer, Andreas (1996) *Perspectives for Cooperation between the European Parliament and the National Parliaments, Brussels/Luxembourg: Europäisches Parlament (European Parliament Working Document, Political Series W-19)*
- Maurer, Andreas (1998) „National Parliaments“ in: Desmand Dinan, Hg. *Encyclopedia of the European Union* Boulder: Lynne Rienner Publications 351-355
- Mayntz, Gregor (1992) *Zwischen Volk und Volksvertretung. Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Parlamentsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Deutschem Bundestag*, Diss. phil., Universität Bonn
- (1993) „Die Fernsehberichterstattung über den Deutschen Bundestag. Eine Bilanz“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **24**:3 351-366
- Mayntz, Renate & Friedhelm Neidhardt (1989) „Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **20**:3 370-387

- Mayring, Philipp (1997) *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* Weinheim: Deutscher Studienverlag
- Menzel, Hans-Joachim (1980) *Legitimation politischer Herrschaft durch Partizipation Privater?* Berlin: Duncker & Humblot
- Meyer, John W. (2000) „Globalization: Sources and Effects in National States and Societies“ *International Sociology* **15**:2 233-248
- John Boli, George M. Thomas & Francisco Ramirez (1997) „World Society and the Nation State“ *American Journal of Sociology* **103**:1 144-181
- Mirbach, Thomas (1990) *Überholte Legitimität?* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Moravcsik, Andrew M. (1993) „Preferences and Power in the European Community: A Liberal Inter-governmentalist Approach“ *Journal of Common Market Studies* **31**:4 (Dez.) 473-524
- (1994) *Why the European Community Strengthens the State: Domestic Politics and International Cooperation*, Cambridge, MA: CES, Harvard University (WP 52)
- (1998) *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht* Ithaca, NY: Cornell University Press
- Münch, Richard (1976) *Legitimität und politische Macht* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Niedermayer, Oscar (1998) „Die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Europa“ in: Mathias Jopp, Hg. *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel* Bonn: Europa-Union Verlag 419-448.
- (2001) *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen in Deutschland* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- & Richard Sinnott, Hg. (1996) *Public Opinion and Internationalized Governance* Oxford: Oxford University Press
- Nohlen, Dieter (2002) „Legitimität“ in: ders. & Rainer-Olaf Schultze, Hg. (2002) *Lexikon der Politik* Bd. 1, München: Beck 476-477
- Norris, Pippa Hg. (1999) *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government* Oxford: Oxford University Press
- Hg. (2000) *A Virtuous Circle. Political Communication in Post-Industrial Societies* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Norton, Philip (1996) *National Parliaments and the European Union* London: Frank Cass
- Hg. (1990) *Parliaments in Western Europe* London: Cass
- Nye, Joseph S., Jr. & John D. Donahue, Hg. (2000) *Governance in a Globalizing World* Washington D.C.: Brookings
- Oberreuter, Heinrich (1978) *Kann der Parlamentarismus überleben?* Zürich u.a.: Edition Interfrom
- (1982) „Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland“ in: Karl Dietrich Bracher, Hg. *Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland* Melle: Knoth 100- 138
- (1989a) „Wirklichkeitskonstruktion und Wertewandel. Zum Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 37/38 17-28
- (1989b) „Zwischen traditionellem und aufgeklärtem Parlamentsverständnis. Der Bundestag in einer gespaltenen politischen Kultur“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B37/38 29-39

- (1992) „Das Parlament als Gesetzgeber und Repräsentationsorgan“ in: Oscar W. Gabriel, Hg. *Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt* Opladen: Westdeutscher Verlag 305-333
- Hg. (1981) *Parlamentsreform: Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien* Passau: Passavia Universitäts-Verlag
- & Uwe Kranenpohl & Martin Sebaldt, Hg. (2001) *Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Offe, Claus (1973): „Überlegungen und Hypothesen zum Problem politischer Legitimation“ in: Rolf Ebbighausen, Hg. *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 80-105
- (1975) *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* Frankfurt/M.: Suhrkamp
- (1980) „Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität“ in: Roland Roth, Hg. *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen* Frankfurt a.M.: Campus 26-42
- Ohmae, Kenichi (1995) *The End of the Nation State. The Rise of Regional Economies* New York u.a.: The Free Press
- (2000) *The Invisible Continent: Four Strategic Interpretations of the New Economy* New York: Harper Business
- Patzelt, Werner J. (1996a) „Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben politischer Bildung“ *Gegenwartskunde* 45:3 309-322
- (1993) *Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit* Passau: Wissenschafts-Verlag Rothe
- (1995a) *Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen Analysen* Berlin: Akademischer Verlag
- (1995b) „Politiker und ihre Sprache“ in: *Dörner/Vogt 1995* 17-54
- (1996b) „Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstandes, der weit besser ist als sein Ruf“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27:3 462-502
- (2001) *Parlamente und ihre Symbolik. Programm und Beispiele institutioneller Analyse* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Pfetsch, Barbara (1998) „Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart“ in: *Sarcinelli 1998* 233-252
- (2000) „Umfrageforschung und Demokratie – Analysen zu einem schwierigen Verhältnis“ in: Hans-Dieter Klingemann & Friedhelm Neidhart, Hg. *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung* Berlin: edition sigma (WZB-Jahrbuch 2000) 153-182
- Pickel, Gert & Dieter Walz (1997) „Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen“ in: *Politische Vierteljahresschrift* 38:1 27-49
- Pitkin, Hanna F. (1967) *The Concept of Representation* Berkeley: University of California Press
- Poggi, Gianfranco (1990) *The State. Its Nature, Development and Prospects* Stanford, CA: Stanford University Press
- Pöhle, Klaus (1998) „Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die nationalen Parlamente. Bietet COSAC einen Ausweg?“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29:1 77-89
- Porzner, Konrad, Heinrich Oberreuter & Uwe Thaysen, Hg. (1990) *40 Jahre Deutscher Bundestag* Baden-Baden: Nomos
- Rausch, Heinz (1981⁶) *Parlament und Regierung in der Bundesrepublik Deutschland* München: Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (1967¹)

- Hg. (1968) *Zur Theorie und Geschichte der Repräsentation und der Repräsentationsverfassung* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Rebenstorf, Hilke & Bernhard Weßels (1989) „Wie wünschen sich die Wähler ihre Abgeordneten? Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Problem der sozialen Repräsentativität des Deutschen Bundestages“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **20**:3 408-424
- Röper, Erich (1998) *Parlamentarier und Parlament. Konflikte in modernen Volksvertretungen* Berlin: Duncker & Humblot
- Saalfeld, Thomas (1988) *Das britische Unterhaus 1965-1986* Frankfurt a.M.: Lang
- (1995) *Parteisoldaten und Rebellen. Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1990* Opladen: Leske+Budrich
- Sarcinelli, Ulrich (1989) „Parlamentarische Sozialisation in der Bundesrepublik Deutschland: zwischen politischer ‚Sonderkultur‘ und ‚Basislegitimation‘“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **20**:3 388-407
- (1993) „Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente – Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **24** (Aug.) 464-473
- (1994) *Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente - Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik* Baden-Baden: Nomos
- Hg. (1987) *Politikvermittlung* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
- Hg. (1998) *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Schäfer, Friedrich (1985) „Wir haben noch keine Parlamentarismuskrisis“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 6 25-30
- Scharpf, Fritz W. (1991) „Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts“ *Politische Vierteljahresschrift* **32**:1 621-634
- (1999) *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt a.M.: Campus
- (1970) *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung* Konstanz: Universitätsverlag
- (1973) *Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1993a) *Autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich: Zur Logik der europäischen Mehrebenenpolitik*, Köln: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung (MPIFG Discussion Paper 93/9)
- (1993b) „Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat“ in: Roland Czada & Manfred G. Schmidt, Hg. *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit* Opladen: Westdeutscher Verlag 25-50
- (1998a) „Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie“ in: *Greven 1998* 81-103
- (1998b) „Demokratie in der transnationalen Politik“ in: Ulrich Beck, Hg. *Politik der Globalisierung* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 228-253
- (1999a) *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt a.M./New York: Campus
- (1999b) „Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik“ in: Wolfgang Merkel & Andreas Busch, Hg. *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 672-694
- (2000) *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung* Opladen: Leske+Budrich

- Schiller, Dietmar (2001) *Brennpunkt Plenum. Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Schindler, Peter (2000) *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999* Baden-Baden: Nomos, 3 Bde
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995) *Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik* Baden-Baden: Nomos
- (1997) „Bürgergesellschaftliche Politik. Ein Modell der Demokratisierung der Europäischen Union?“ in: Klaus-Dieter Wolf, Hg. *Projekt Europa im Übergang* Baden-Baden: Nomos 63-90
 - (1999) „Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6:2 185-244
- Schmidt, Manfred G. (1992) *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Leske+Budrich
- (1998) „Das politische Leistungsprofil der Demokratien“ in: *Greven 1998* 181-200
 - (2000^{3. erw.}) *Demokratiethorien. Eine Einführung* Opladen: Leske+Budrich (1995¹)
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000) *Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Schmitter, Philippe C. & Gerhard Lehmbruch (1979) *Trends Towards Corporatist Intermediation* London: Sage
- Schneider, Hans (1991) *Gesetzgebung. Ein Lehrbuch* Heidelberg: Müller
- Schneider, Hans-Peter & Wolfgang Zeh, Hg. (1989) *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*, Berlin/New York: De Gruyter
- Schütt-Wetschky, Eberhard (2001) „Auswanderung der Politik aus den Institutionen: Schwächung der Demokratie? Zur Legitimation der Parteiendemokratie“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11:1 3-29.
- Schlutze-Fielitz, Helmuth (1984) *Der informale Verfassungsstaat* Berlin: Duncker & Humblot
- (1988) *Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung (besonders des 9. Deutschen Bundestages 1980-1983)* Berlin: Duncker & Humblot
 - & Christoph Gößwein (1997) „Bundesgesetzgebung als Prozeß“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 36/37 18-26
- Schulz, Winfried (1997) *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Schuppert, Gunnar Folke (1997) „Assoziative Demokratie? Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie“ in: Ansgar Klein & Rainer Schmalz-Bruns, Hg. *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 114-153
- Schüttemayer, Suzanne S. (1999) „50 Jahre deutscher Parlamentarismus: Kategorien und Kriterien für Leistungen und Defizite“ in: Thomas Ellwein & Everhard Holtmann, Hg. *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Westdeutscher Verlag 482-495
- (1986) *Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie* Opladen: Westdeutscher Verlag
 - (1998) *Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Schütt-Wetschky, Eberhard (1984) *Grundtypen parlamentarischer Demokratie. Klassisch-altliberaler Typ und Gruppentyp* Freiburg/München: Alber
- Schütz, Astrid (1992) *Selbstdarstellung von Politikern. Analyse von Wahlkampfauftritten* Weinheim: Deutscher Studienverlag

- Schwarzmeier, Manfred (2001) *Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Schweitzer, Carl-Christoph (1979) *Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Sebaldt, Martin (1992a) *Die Thematisierungsfunktion der Opposition. Die parlamentarische Minderheit des Deutschen Bundestages als innovative Kraft im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* Frankfurt a.M. u.a.: Lang
- (1992b) „Innovation durch Opposition. Das Beispiel des Deutschen Bundestages 1949-1987“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **23**:2 238-265
- (1997) *Organisierter Pluralismus: Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Siaroff, Alan (1999) „Corporatism in 24 Democracies: Meaning and Measurement“ *European Journal of Political Research* **36**:2 175-202
- Sørensen, Georg (2001) *Changes in Statehood* New York: Palgrave
- Stadler, Peter M. (1984) *Die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Starck, Christian (1970) *Der Gesetzesbegriff des Grundgesetzes* Baden-Baden: Nomos
- Steffani, Winfried (1978) „Parlamentarismus in den EG-Staaten und demokratisches Defizit der europäischen Institutionen“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **9**:2 233-253
- (1981) *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (1989) „Formen, Verfahren und Wirkungen parlamentarischer Kontrolle“ in: Hans-Peter Schneider & Wolfgang Zeh, Hg. *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis* Berlin/New York: De Gruyter 1325-1367
- & Uwe Thaysen, Hg. (1995) *Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente* Opladen: Westdeutscher Verlag (= Sonderband der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* zum 25jährigen Bestehen)
- & Uwe Thaysen Hg. (1997) *Parlamente und ihr Umfeld. Daten und Analysen zu einer herausfordernden Regierungsform* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Streeck, Wolfgang (1999) *Korporatismus in Deutschland: Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union* Frankfurt a.M. u.a.: Campus
- Hg. (1998) *Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie* Frankfurt a.M. u.a.: Campus
- Sturm, Roland & Heinrich Pehle (2001) *Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Leske+Budrich
- Stüwe, Klaus (1997) „‘Der Gang nach Karlsruhe’. Die Opposition im Bundestag als Antragstellerin vor dem Bundesverfassungsgericht“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **28**:4 545-557
- Thaysen, Uwe (1972) *Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag* Opladen: Westdeutscher Verlag
- (1976) *Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Westdeutscher Verlag

Lhotta/Nullmeier

- (1996) „Repräsentative Demokratie: Ist der Deutsche Bundestag dem zunehmenden gesellschaftlichen Pluralismus noch gewachsen?“ in: Günther Rüter, Hg. *Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie: eine Alternative?* Baden-Baden: Nomos 223-243
- & Roger H Davidson, Robert G. Livingston Hg. (1988) *US-Kongress und Deutscher Bundestag* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Titscher, Stefan, Ruth Wodak, Michael Meyer & EvaVetter (1998) *Methoden der Textanalyse. Leitfa- den und Überblick* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Troßmann, Hans (1979) „Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit“ *Jahrbuch des öffentlichen Rechts* 28 1-304
- Uehlinger, Hans M. (1988) *Politische Partizipation in der Bundesrepublik* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Uppendahl, Herbert (1981) „Repräsentation und Responsibilität“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 12:1 123-134
- Vanhanen, Tatu (1990) *The Process of Democratization. A Comparative Study of 147 States 1980-88* New York u.a.: Taylor & Francis
- (1997) *Prospects of Democracy. A Study of 172 Countries* London/New York: Routledge
- Voigt, Rüdiger, Hg. (1995) *Der kooperative Staat* Baden-Baden: Nomos
- Waechter, Kay (1994) *Geminderte demokratische Legitimation staatlicher Institutionen im parlamen- tarischen Regierungssystem: Zur Wirkung von Verfassungsprinzipien und Grundrechten auf institu- tionelle und kompetenzielle Ausgestaltungen* Berlin: Duncker & Humblot
- Wagschal, Uwe & Herbert Obinger (2000) „Der Einfluss der Direktdemokratie auf die Sozialpolitik“ *Politische Vierteljahresschrift* 41:3 466-497
- Walter, Gregor, Sabine Dreher & Marianne Beisheim (1999) „Globalization Processes in the OECD World“ *Global Society* 13:3 229-250
- Weber, Max (1992⁶) „Die drei Typen der legitimen Herrschaft“ in: ders.: *Soziologie, weltgeschichtliche Analysen, Politik* Stuttgart: Kröner 151-166 (1956¹)
- Weber-Panariello, Philippe A. (1995) *Nationale Parlamente in der Europäischen Union: Eine rechts- vergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundes- republik Deutschland* Baden-Baden: Nomos
- Weidenfeld, Werner, Hg. (1996) *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts* Berlin: Siedler
- Westle, Bettina (1989) *Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde* Baden-Baden: Nomos
- Westphalen, Raban Graf von, Hg. (1993) *Parlamentslehre. Das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter* München/Wien: Oldenbourg
- Würtenberger, Thomas, jun. (1982) „Legitimität, Legalität“ in: Otto Brunner, Werner Conze & Rainer Koselleck, Hg. *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* Bd. 3, Stuttgart: Klett-Cotta 677-740
- (1973) *Die Legitimität staatlicher Herrschaft. Eine staatsrechtlich-politische Begriffsgeschichte* Berlin: Duncker & Humblot
- Zeh, Wolfgang (1984) *Wille und Wirkung der Gesetze* Heidelberg: v. Decker

Zilleßen, Horst, Peter C. Dienel & Wendelin Strubelt, Hg. (1993) *Die Modernisierung der Demokratie*
Opladen: Westdeutscher Verlag

Zürn, Michael (1996) „Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem“ *Politische Vierteljahresschrift* **37**:1 27-55

– (1998) *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*
Frankfurt a.M: Suhrkamp

– (2000) „Democratic Governance beyond the Nation State. The EU and other International Institutions“ *European Journal of International Relations* **6**:2 183-222

– (2001) „Politik in der postnationalen Konstellation. Über das Elend des methodologischen Nationalismus“, in: Christine Landfried, Hg. *Politik in einer entgrenzten Welt. Tagungsband des 21. Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* Köln: Wissenschaft und Politik (i.E.)